

Luch

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

I N H A L T

Zum Projekt des Viermächtevertrags über die Demilitarisierung Deutschlands	1
Generalmajor M. GALAKTIONOW — Wer das neue Weltrüsten anstiftet	3
A. SHURAWSKI — Die Entwicklung der demokratischen Kräfte in Deutschland	6
O. ARTUROW — Das neueste Manöver Francos	10
Internationale Umschau (Notizen)	15
S. MARCHLEWSKA — Ein Jahr in Polen (Notizen einer Korrespondentin)	18
Gegen Falschmeldungen und Verleumdungen	22
KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE:	
N. SERGEJEWA — Einige Geheimnisse der amerikanischen Justiz	23
V. BERESHKOW — „Amerasia“ über die Japanpolitik in den USA	28
Chronik der internationalen Ereignisse	31

17

25. April 1947

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Schriftleiter: W. Beresin

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

Zum Projekt des Viermächtevertrags über die Demilitarisierung Deutschlands

UNTER DEN FRAGEN, die auf der Moskauer Tagung des Außenministerrats erörtert wurden, nimmt das Projekt des Viermächtevertrags über die Abrüstung und Demilitarisierung Deutschlands einen ganz besonderen Platz ein.

Schon lange vor Beginn der Moskauer Tagung behaupteten inspirierte Korrespondenten der Auslandspresse, daß von der amerikanischen Delegation vorgelegte Vertragsentwurf werde ein Prüfstein für die Zusammenarbeit der vier Mächte in der deutschen Frage überhaupt sein. Der wahre Sinn dieser Äußerungen trat zutage, nachdem der Außenministerrat die Erörterung des Vertragsentwurfs begonnen hatte.

In dem amerikanischen Projekt wird eine ganz bestimmte Aufgabe gestellt: sicherzustellen, daß Deutschland solange völlig entwaffnet und demilitarisiert bleibt, wie der Frieden und die Sicherheit in der ganzen Welt es erforderlich machen können. Es handelt sich also um die Schaffung einer Garantie für den Frieden und die Sicherheit, um die Abwendung einer erneuten deutschen Aggression.

Diese Aufgabe ist so wichtig, daß die in Aussicht genommenen Mittel mit dem aufgestellten Ziel in gebührendem Einklang stehen müssen. Aber gerade von diesem Standpunkt aus springt die unverkennbare Unzulänglichkeit des amerikanischen Projekts kraß in die Augen. Tatsächlich ist in dem Projekt nur ein Teil der für die Abrüstung Deutschlands notwendigen Maßnahmen aufgezählt, die schon in der von den Regierungen der vier Mächte am 5. Juni 1945 in Berlin unterzeichneten Deklaration über die Niederlage Deutschlands festgelegt waren. Es handelte sich damals natürlich in der Hauptsache um laufend zu erledigende Aufgaben mit dem Ziel völliger Entwaffnung der deutschen Truppen. Diese Maßnahmen waren unbedingt notwendig, für die Gewährleistung einer restlosen Demilitarisierung Deutschlands auf lange Sicht sind sie jedoch gänzlich ungenügend.

Bekanntlich beziehen sich die wichtigsten Beschlüsse der Konferenzen von Jalta und Potsdam auf die Abwendung einer deutschen Aggression. In den Beschlüssen wird diese Aufgabe von der

Durchführung der Demilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands abhängig gemacht. Dort ist nicht nur von der Abrüstung Deutschlands die Rede, sondern auch von der Ausmerzung des Nazismus und von der Umgestaltung des politischen und gesellschaftlichen Lebens in Deutschland auf demokratischer und friedlicher Grundlage. Diese Aufgaben, die den Kernpunkt der Deutschland betreffenden Beschlüsse der Konferenzen in Jalta und Potsdam darstellen, sind in dem amerikanischen Projekt für den neuen Viermächtevertrag übergangen worden.

Weiterhin ist in dem amerikanischen Projekt eine so wichtige Frage wie die Liquidierung des deutschen Kriegswirtschaftspotentials und die Einführung einer diesbezüglichen Verbündetenkontrolle unterschätzt worden. Dabei hat das Ruhrbecken schon zweimal im Verlauf eines Vierteljahrhunderts der deutschen Aggression als Arsenal gedient, und die Frage der Abwendung einer solchen Möglichkeit in Zukunft hängt unmittelbar zusammen mit der Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa.

Schließlich wird in dem amerikanischen Projekt die Aufhebung der Okkupation Deutschlands vorgeschlagen. Aber auch in diesem Fall verstößt die vorgeschlagene Lösung gegen die früheren, auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam gemeinsam gefaßten Beschlüsse der Verbündeten. Wird doch die Aufhebung der Okkupation in dem Vorschlag lediglich davon abhängig gemacht, ob Deutschland die entsprechenden Artikel des Projekts über das Verbot von Heeresformationen und Rüstungsbetrieben in Deutschland annimmt. Bleibt man aber auf dem Boden der gemeinsamen Beschlüsse der Verbündeten, so kann von einer Aufhebung der Okkupation Deutschlands nicht die Rede sein, bevor die Hauptziele dieser Okkupation erfüllt sind.

Auf der Moskauer Tagung des Außenministerrats hat die Sowjetdelegation eine Reihe von Zusatzanträgen eingebracht, die den Inhalt des amerikanischen Projekts für einen Viermächtevertrag über die Demilitarisierung Deutschlands verbessern. Die Zusatzanträge der Sowjetdelegation haben vor allem das Ziel, den Mangel des

amerikanischen Projekts — die Ignorierung der für die Demokratisierung Deutschlands erforderlichen Aufgaben — zu beseitigen. „Wird dieser Mangel nicht korrigiert, so kann das so aufgefaßt werden, als ob die Verbündeten die Demokratisierung Deutschlands nicht mehr als eine der grundlegenden Voraussetzungen für die Abwendung einer erneuten deutschen Aggression ansehen, was in offenem Widerspruch zu den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz steht.“ (W. M. Molotow.)

In den Zusatzanträgen der Sowjetdelegation heißt es ferner, daß die Aufhebung der Okkupation Deutschlands dann auf die Tagesordnung kommen wird, wenn die Verbündeten anerkennen, daß die Erfüllung der Hauptziele dieser Okkupation gewährleistet ist, und zwar: Vollendung der Demilitarisierung Deutschlands einschließlich der Liquidierung seines Kriegspotentials, Wiederherstellung und Konsolidierung des demokratischen Systems in Deutschland, Erfüllung der festgesetzten Reparationsverpflichtungen sowie der übrigen Verpflichtungen Deutschlands gegenüber den Verbündeten. Es ist klar, daß auch diese Zusätze den Beschlüssen der Konferenzen von Jalta und Potsdam völlig entsprechen.

Schließlich hängen auch solche Zusatzanträge der Sowjetdelegation eng zusammen mit der grundlegenden Aufgabe, Deutschland zu demilitarisieren und demokratisieren, wie die Einführung einer gemeinsamen Kontrolle der vier Mächte über die Industrie des Ruhrgebiets, die Dekartellierung der deutschen Industrie, die Liquidierung des junkerlichen Grundbesitzes, der eine Grundlage des deutschen Militarismus darstellt. Es ist kein Geheimnis, daß in diesen Fragen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Verbündeten bestehen. Man sollte jedoch dazu übergehen, die Meinungsverschiedenheiten über den Vertragsentwurf zu erörtern, um möglichst eine Einmütigkeit zu erzielen.

Die Zusatzanträge der Sowjetdelegation sind somit darauf gerichtet, die im Vertrag vorgesehenen praktischen Maßnahmen mit den darin proklamierten Zielen — Demilitarisierung Deutschlands, Abwendung einer deutschen Aggression, Stabilisierung des Friedens und der Sicherheit in Europa — in Einklang zu bringen. Während der Debatten über das amerikanische Projekt hat es sich ganz deutlich gezeigt, daß das Projekt nicht ohne erhebliche Ergänzungen angenommen werden kann. Bezeichnend ist, daß eine Reihe der von der Sowjetdelegation eingebrachten Zusatzanträge von der französischen Delegation, die selbst auch Verbesserungsanträge zum amerikanischen Projekt einreichte, positiv bewertet wurden.

Trotz alledem aber weigerte sich die amerikanische Delegation, die während der Debatten über das Projekt eines Viermächtevertrages angeschnittenen Fragen zu erörtern. Eine solche Weigerung ist nichts anderes als ein Versuch, den übrigen Verhandlungsteilnehmern den eigenen Willen aufzuzwingen. Die Praxis hat aber bereits genügend Beispiele dafür geliefert, daß derartige Versuche heutzutage zu nichts Positivem führen.

Um so verwunderlicher war die Erklärung, die G. Marshall in der letzten Etappe der Moskauer Tagung zum Viermächtevertrag abgab. Seine Behauptung, die Sowjetregierung nehme von dem Vertrag über die Abwendung einer deutschen Aggression Abstand, widerspricht den allgemein bekannten Tatsachen. Ist es doch eine Tatsache, daß der Vorschlag, die Vertragsfrist — von 25 auf 40 Jahre — zu verlängern, der ja auch angenommen wurde, von der Sowjetdelegation herührte. Ist es doch eine Tatsache, daß die wesentlichen Zusatzanträge, durch die eine bedeutende Verbesserung des amerikanischen Vertragsentwurfs bezweckt wird, eben von der Sowjetdelegation ausgingen. Die positive Einstellung der Sowjetregierung zu dieser Frage zeigte sich nochmals in dem Vorschlag, der W. M. Molotow auf der Schlußsitzung der Moskauer Tagung gemacht hat, und zwar, daß die Debatten über den amerikanischen Vertragsentwurf und über die Zusatzanträge der Sowjetdelegation im Außenministerrat fortgesetzt werden sollen.

Die Weigerung der USA-Delegation, die auf eine Verbesserung des amerikanischen Entwurfs abzielenden Sowjetanträge zu diskutieren, war andererseits der Hauptgrund, weshalb man in dieser Frage nicht von der Stelle kam. Welche Regierung, die etwas auf sich hält, kann auf die Forderung eingehen, das vorgeschlagene Projekt ohne Abänderungen und Ergänzungen anzunehmen?

Die Erklärung G. Marshalls, in der er versucht, die Verantwortung von den USA abzuwälzen und der Sowjetunion zuzuschreiben, läßt die wahren Ziele der Kampagne erkennen, die jetzt von amerikanischen und englischen Kommentatoren über den Viermächtevertrag geführt wird. Man müßte sich völlig über die Wahrheit hinwegsetzen, um — wie dies Thomas Barman, ein Mitarbeiter des Londoner Rundfunks, neulich getan hat — zu behaupten, die von der Sowjetdelegation eingebrachten Verbesserungsanträge zu den Fragen der Demokratisierung und Denazifizierung Deutschlands, der Kontrolle über das Ruhrgebiet usw. seien zwar „sehr wichtig“, hätten aber „mit dem Viermächtevertrag durchaus nichts zu schaffen“.

Eins liegt auf der Hand: ein Vertrag über die Abrüstung und Demilitarisierung Deutschlands, in dem so wesentliche Fragen wie die Denazifi-

zierung und Demokratisierung dieses Landes, die Verhinderung einer eventuellen Ausnutzung des Ruhrgebiets als Arsenal einer neuen deutschen Aggression umgangen sind, würde nicht nur sein Ziel verfehlen, sondern im Bewußtsein der Völker nur Illusionen wecken. Diese Illusionen aber wären nur denjenigen von Nutzen, die sich mit Plänen neuer Friedensstörungen tragen.

In der Frage des Viermächtevertrags über die Demilitarisierung Deutschlands und über die Abwendung einer neuen deutschen Aggression vertritt die Sowjetöffentlichkeit einen ganz klaren Standpunkt: sie begrüßt die edlen Ziele, denen

dieser Vertrag zu dienen berufen ist. Gleichzeitig aber ist sie der Ansicht, daß diese Ziele nur dann erreicht werden können, wenn die vertragschließenden Parteien sich nicht auf bloße Erklärungen über die edlen Ziele und auf ein einfaches Verbot von Heeresseinheiten und Kriegsbetrieben in Deutschland beschränken, sondern erfolgversprechende Maßnahmen festlegen und ergreifen, um eine deutsche Aggression abzuwenden und Deutschland in einen demokratischen, friedliebenden Staat zu verwandeln. Nur dann wird der Viermächtevertrag eine solide Garantie für den Frieden und die Sicherheit bieten.

Wer das neue Wettrüsten anstiftet

Generalmajor M. GALAKTIONOW

EBEN erst hat die Menschheit den von den faschistischen Aggressoren begonnenen blutigsten und verheerendsten Krieg hinter sich, den die Geschichte kennt. Die Völker wollen den Frieden. Sie wollen einen lange andauernden, festgefühten Frieden, und nicht einen solchen, wie es ihn zwischen dem ersten und dem zweiten Weltkrieg gab. Das moralische und rechtliche Bewußtsein der Völker will keinen Frieden anerkennen, der in Wirklichkeit eine Vorbereitung neuer Kriege und ein Wettrüsten ist.

Die Geschichte bezeugt mit aller Augenscheinlichkeit, was Wettrüsten heißt. Seine Erscheinungsformen sind höchst real fühlbar: außerordentliche Vergrößerung der Rüstungen, wachsender Militarismus der einzelnen Länder. Es legt sich als eine schwere Last auf die Bevölkerung und ruft unvermeidlich eine furchtbare Aufblähung der Kriegsausgaben hervor. Es fließt kein Blut auf den Schlachtfeldern, aber dennoch dringt der Krieg in alle Poren des friedlichen Lebens der Völker ein.

Man braucht nicht viele Worte zu verlieren, um zu beweisen, daß das Wettrüsten von denjenigen ausgeht, die den Krieg vorbereiten. Die Beispiele des Hitlerschen Deutschlands, des faschistischen Italiens, des militaristischen Japans sind allen in Erinnerung. Diese Länder rüsteten tollwütig, eben weil sie Aggressoren waren.

Schließlich besagt die Geschichte, daß ein Wettrüsten auch unter der heuchlerischen Hülle

der Friedensflagge begonnen werden kann. Seit alten Zeiten bedienen sich die Aggressoren des lateinischen Sprichworts „Si vis pacem, para bellum“ (Wenn du Frieden haben willst, mußt du zum Kriege rüsten), um einen Vorwand dafür zu schaffen, durch die Vorbereitung eines aggressiven Krieges den Völkern eine jeweilige Pax romana aufzuzwingen, d. h. einen Frieden, der auf der Stärke z. B. des römischen Schwertes beruhte.

Frieden und Wettrüsten sind Begriffe, die einander ausschließen. Wo ein Wettrüsten stattfindet, gibt es keinen wahren Frieden. Diese Formel des modernen demokratischen Rechtsbewußtseins ist in der von der UNO-Generalversammlung am 14. Dezember 1946 beschlossenen Resolution „Über die Regulierung und Einschränkung der Rüstungen“ niedergelegt worden. In dieser Resolution heißt es:

„In Durchführung von Artikel 11 der Satzung und im Hinblick auf die Konsolidierung des internationalen Friedens und der Sicherheit im Einklang mit den Zielen und Prinzipien der Vereinten Nationen, erkennt die Generalversammlung die Notwendigkeit einer raschen allgemeinen Regulierung und Einschränkung der Rüstungen und der Streitkräfte an.“

In Übereinstimmung hiermit hat die Generalversammlung dem Sicherheitsrat empfohlen, er solle „unverzüglich zur Formulierung praktischer Maßnahmen schreiten“, um den gefaßten Beschluß durchführen zu können.

Als jedoch der Sicherheitsrat an die Erfüllung des ihm gegebenen Auftrags heranging, da stellte es sich heraus, daß die Vertreter der USA und Englands die Resolution der Generalversammlung in einer Weise interpretieren, die ihrem wahren Sinn und Inhalt unverkennbar widerspricht.

Warren Austin, der Vertreter der USA, erklärte vor dem Sicherheitsrat am 4. Februar:

„Nach dem ersten Weltkrieg machten die USA bittere Erfahrungen mit einseitiger Abrüstung. Meine Regierung wird diesen Fehler nicht wiederholen. Zweimal während der vergangenen Generation waren wir gezwungen, uns an großen blutigen Kriegen zu beteiligen. In keinem einzigen dieser Fälle waren wir zu Anfang so mit Waffen ausgerüstet, wie andere friedliebende Staaten das von den USA wünschen mochten. Hätten wir adäquate Rüstungen besessen, so wären beide Kriege möglicherweise vermieden worden.“

Mit Berufung auf die Geschichte proklamiert Austin also die alte, sehr alte These, um den Krieg abzuwenden, müsse man rüsten. Wer wüßte indessen nicht, daß der erste Weltkrieg nach einem von Deutschland eingeleiteten Wettwüsten begann, und daß es zum zweiten Weltkrieg kam, nachdem die Aggressoren die Möglichkeit zu rüsten erhalten hatten. Der Völkerbund ertränkte das Problem der allgemeinen Abrüstung in leerem, endlosem Geschwätz. Beide Beispiele zeigen, daß wachsende Rüstungen den Krieg nicht abwenden, sondern herbeiführen. Nichtsdestoweniger behauptete Austin in seiner Rede folgendes:

„In jedem Plan bzw. jedem Programm für die allgemeine Regulierung und Einschränkung der Rüstungen müssen Vorkehrungen zwecks praktischer Sicherheit die primäre Erwägung bilden. Die Mitglieder der UNO müssen definitive und konkrete Versicherungen besitzen, daß effektive und durchsetzbare Garantien hinsichtlich solcher Sicherheitsvorkehrungen geboten werden, bevor sie sich endgültig auf Pläne für eine Reduktion der Rüstungen und Streitkräfte einlassen.“

Austin ist also nicht damit einverstanden, die Einschränkung der Rüstungen als eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Konsolidierung des Friedens und der Völkersicherheit zu betrachten, wie das in der Resolution der Generalversammlung klar gesagt wird. Im Gegenteil, er hält „praktische Vorkehrungen“ und „Garantien“ zwecks Gewährleistung der Sicherheit für eine Voraussetzung der Beschränkung der Rüstungen. Welcher Wert aber kommt diesen Vorkehrungen und Garantien zu, wenn die Rüstungen der einzelnen Länder nicht beschränkt, ja nicht einmal durch allgemeine Abkommen der vereinten Nationen reguliert werden? Ist es nicht klar, daß Austin, gedeckt durch die Berufung auf Friedens- und Sicherheitsgarantien, sich in Wirklichkeit für ein unbeschränktes Wachstum der Rüstungen —

der USA in erster Linie — ausspricht? Seine Versicherungen, er strebe nach Gewährleistung des Friedens, können niemand überzeugen, denn das Wachstum der Rüstungen zeugt nicht von einer Konsolidierung des Friedens, sondern von einer Vorbereitung zum Kriege. Austins Rede kann nur als ideologische Maskierung eines neuen Wettwüstens aufgefaßt werden.

Sir Alexander Cadogan, der Vertreter Englands, schloß sich in seiner am 24. März in der Sicherheitsratskommission für die herkömmlichen Rüstungen gehaltenen Rede der Argumentation Austins vollinhaltlich an. Er erklärte, bei Behandlung des Problems der allgemeinen Einschränkung und Regulierung der Rüstungen müsse man sich von den folgenden Erwägungen leiten lassen:

„Erstens hängt die Einschränkung und Regulierung der Rüstungen und der Streitkräfte vor allem (primarily) ab von der Herstellung eines internationalen Vertrauens... Zweitens von der Ergreifung internationaler Vorkehrungen für die kollektive Sicherheit.“ „Diese Vorkehrungen sollten daher getroffen werden, bevor irgendwelche praktischen Maßnahmen zwecks Regulierung bzw. Einschränkung der Rüstungen aktuell beschlossen werden... Drittens muß die Schaffung eines effektiven Systems internationaler Kontrolle und Nachprüfung der Annahme irgendeines Systems für die Regulierung und Einschränkung der Rüstungen vorausgehen.“

Ganz wie in den Zeiten des Völkerbundes: Gespräche über die kollektive Sicherheit und ein faktisches Wettwüsten laufen einander parallel. Diese parallelen Linien treffen niemals zusammen.

Bei Behandlung der Frage des eingeleiteten Wettwüstens müssen die Besonderheiten der gegenwärtigen Situation berücksichtigt werden. Seit Beendigung des Krieges sind noch keine zwei Jahre vergangen. Während des Krieges aber mußten die Länder der vereinten Nationen, die sich aktiv am Krieg gegen das hitlerfaschistische Deutschland und das imperialistische Japan beteiligten, zwangsläufig riesige Armeen und zahlreiche Rüstungsmittel schaffen. Von dieser Tatsache kann man bei der Behandlung des Problems der allgemeinen Regulierung und Einschränkung der Rüstungen nicht absehen.

Die Sowjetunion war der Initiator des Vorschlags, die Rüstungen zu beschränken. Damit hat unser Land seinen wirklichen Willen gezeigt, den allgemeinen Frieden und die Sicherheit zu gewährleisten. In der Tat, gerade in der gegenwärtigen Situation ist die allgemeine Regulierung und Einschränkung der Rüstungen, die während des Krieges sehr große Ausmaße erreicht hatten, eine besonders aktuelle Aufgabe. Nachdem die Generalversammlung die entsprechende Resolution beschlossen hat, verlangen die Vertreter der Sowjetunion im Sicherheitsrat nachdrücklich ihre

unverzügliche Verwirklichung. Das Streben des Sowjetvolkes nach einem festgefügteten Frieden hat seinen Ausdruck gefunden in der starken Einschränkung desjenigen Teiles des Staatshaushalts, der für militärische Ausgaben bestimmt ist. Er bildet jetzt nur 18 Prozent des Staatshaushalts.

Die Stellungnahme der Vertreter der USA und Englands im Sicherheitsrat widerspiegelt das entgegengesetzte Bestreben, nämlich die Weigerung, sich auf eine allgemeine Regulierung und Einschränkung der Rüstungen jetzt sofort, ohne weiteren Aufschub, einzulassen. Die USA und England streben unverkennbar vor allem danach, ihre hauptsächlichlichen Rüstungen aus der Kriegszeit zu behalten, ja teilweise sogar noch auszubauen.

Ganz offensichtlich wollen die Vereinigten Staaten den im Kriege gewonnenen Rüstungsvorsprung beibehalten. Das bezieht sich in erster Linie auf die Atomwaffe. Es gibt jedoch auch andere Positionen, hinsichtlich welcher die amerikanischen Militaristen eine klare Fragestellung und offene Erörterung fürchten. Es handelt sich um die Kriegsflotte der USA, die gigantische Ausmaße erreicht hat und die Flotten der anderen Länder zusammengekommen übertrifft. In diesem Jahr setzen die USA ihre Flottenbewilligungen von 6,5 Milliarden Dollar (1946) auf 4,4 Milliarden Dollar herab. Es versteht sich jedoch von selbst, daß das keine Einschränkung der Rüstungen ist, denn die amerikanische Flotte ist ohnehin überaus stark. Schließlich wollen die USA keinen zahlenmäßigen Abbau ihrer Luftstreitkräfte, sondern sie ergreifen nachdrückliche Maßnahmen, um sie mit den neuesten, vervollkommenen, Modellen auszurüsten.

Es wird verständlich, daß die USA, da sie diese erstrangig wichtigen Positionen auf dem Gebiete der Rüstungen behaupten, sich auf eine gewisse Einschränkung der Armeestärke der Kriegszeit, nämlich auf 1 070 000 Mann, einlassen konnten. Das ist ja noch immer eine riesige Armee, besonders wenn man berücksichtigt, erstens, daß die USA nicht für die Sicherheit ihrer Landgrenzen zu sorgen brauchen, und zweitens, daß sie vor dem Kriege eine reguläre Armee von nur 174 000 Mann besaßen. Sie konnten auch vorderhand auf die allgemeine Militärpflicht verzichten, da sie eine Armee von dieser Stärke durch die Anwerbung von Freiwilligen auffüllen zu können glauben.

Bei alledem sind in das neue Haushaltsjahr ungeheure militärische Ausgaben, nämlich über 11 Milliarden Dollar, eingestellt worden, fast ein

Drittel des gesamten Haushalts. In den Kommissionen des Senats und des Repräsentantenhauses wurde durch die Debatten klargestellt, wie unzufrieden die Bevölkerung mit den Lasten ist, die die riesigen militärischen Ausgaben ihr auferlegen.

Die amerikanischen Militaristen, die sich der Einschränkung der Rüstungen mit allen Mitteln widersetzen, wollen die Industrie im Zustand der Mobilisiertheit für die Massenproduktion von Rüstungen erhalten, und verausgaben gewaltige Summen für wissenschaftliche Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Erfindung neuer Rüstungsmittel sowie für die Vervollkommenung der früheren.

Alle diese auf die Beibehaltung und Vergrößerung der Rüstungen gerichteten Maßnahmen sollen die Realisierung der Expansionspläne der USA sichern: die Schaffung eines Systems militärischer Stützpunkte in Gebieten, die tausende Kilometer von den Grenzen der USA entfernt sind, militärische Maßnahmen in Kanada, Japan, China, Iran, der Türkei, Griechenland, die auf die Zerstückelung Deutschlands gerichteten Pläne. . .

Was England anbelangt, so strebt es danach, seine Rüstungen vor allem in Gestalt der Kriegsflotte und der Luftstreitkräfte zu vergrößern. Im neuen Staatshaushalt werden 213 Millionen Pfund Sterling für die Royal Air Forces angewiesen, 19 Millionen mehr als während des Krieges. Die Armeeaussgaben werden eingeschränkt, auch die Stärke der Armee wird verringert, bleibt jedoch sehr hoch — 1 210 000 Mann. Die allgemeine Dienstpflicht wird auch für Friedenszeiten eingeführt. Die Parlamentsdebatten über den entsprechenden Gesetzentwurf ließen die große Unzufriedenheit laut werden, die das Land über das Wachstum des Militarismus empfindet. Die Regierung war gezwungen, der öffentlichen Meinung ein bestimmtes Zugeständnis zu machen und den Gesetzentwurf dahin abzuändern, daß die Dienstfrist von anderthalb Jahren auf ein Jahr herabgesetzt wurde.

Mehr als ein Viertel des Staatshaushalts — etwa 900 Millionen Pfund Sterling — geht für militärische Ausgaben drauf. Diese Millionen liegen als schwere Bürde auf der Wirtschaft des Landes. Die Berufungen der führenden Kreise auf die Interessen der Sicherheit gehen unter in den zahlreichen tadelnden Worten über Tatsachen wie die Anwesenheit englischer Truppen in vielen Ländern, die nicht zu den früheren Feindesländern gehören, und die damit verbundenen gewaltigen Ausgaben.

Die Kritik, die die Politik des neuen Wettrüstens in England und in den USA findet, zeugt

davon, daß sie in den Volksmassen ernste Beunruhigung hervorruft. Die Erfahrungen der Geschichte zeigen, daß das Wettüben zu nichts Gutem führen kann, und daß es für die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit notwendig ist, die allgemeine Regulierung und Einschränkung der Rüstungen so rasch und so wirksam wie möglich zu realisieren.

Von diesem Standpunkt aus hat man auch die Stellungnahme der Vertreter der angelsächsischen Länder im Sicherheitsrat zur Frage der Verwirklichung der Beschlüsse der Generalversammlung der UNO über die allgemeine Regulierung und Einschränkung der Rüstungen zu beurteilen.

Die Entwicklung der demokratischen Kräfte in Deutschland

A. SHURAWSKI

NUR ein einziger Entwicklungsweg Deutschlands entspricht den Interessen aller freiheitsliebenden Völker und ebenso auch den Interessen des deutschen Volkes selbst. Wir meinen den Weg der konsequenten Demilitarisierung und Demokratisierung, auf dem Deutschland zu einem friedliebenden, demokratischen Staat werden wird. Für ein in höherem Maße als irgendein anderes Land vom Geiste des Militarismus infiziertes Land ist das kein leichter Weg. Es wäre jedoch unrichtig und schädlich, wollte man behaupten, wie einige Engländer und Amerikaner das tun, die Deutschen seien überhaupt unfähig zur Demokratie, und die Rekonstruktion Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage sei eine Utopie.

Wir in der Sowjetunion teilen derartige Anschauungen nicht. Eine solche summarische Aburteilung über das deutsche Volk ist prinzipiell nicht zu unterscheiden vom Rassismus, der einigen Völkern angeborene Vorzüge und anderen Nationen angeborene, durch kein Mittel auszurottende Makel andichtet. Diese antiwissenschaftliche, reaktionäre Philosophie ignoriert in dem vorliegenden konkreten Fall die tiefgreifenden sozialen, politischen und ökonomischen Ursachen, die zur Entstehung und Entwicklung des deutschen Militarismus und Faschismus geführt haben. Indessen ist augenscheinlich, daß die Liquidierung der Monopole, die Abschaffung der Junkerkaste, die Sanierung des gesamten ökonomischen und politischen Lebens Deutschlands die radikalsten Mittel zur demokratischen Umgestaltung Deutschlands sind.

Aber selbst die vollständige Verwirklichung aller dieser Maßnahmen, die vorderhand nur in der Sowjetzone entschlossen durchgeführt werden, bietet selbstverständlich keine Garantie für das restlose Absterben der militaristischen, faschistischen Ideologie. Die von Menschenhaß eingegebenen Ideen des Faschismus haben das Bewußtsein des deutschen Volkes viele Jahre lang vergiftet. Nicht wenig Zeit wird vergehen und vieler Anstrengungen wird es bedürfen, um sie bis zu Ende auszurauchern.

Andererseits jedoch ist nicht daran zu zweifeln, daß das deutsche Volk die Fähigkeit besitzt, ebenfalls der Demokratie teilhaft zu werden. Man darf nicht vergessen, daß, obgleich aus bestimmten sozialen und ökonomischen Ursachen in den entscheidenden Perioden der neuesten Geschichte Deutschlands in der Regel die streitbare Reaktion die Oberhand gewann, das deutsche Volk auch demokratische Traditionen besitzt, die der Faschismus mit Füßen trat, aber nicht radikal zu beseitigen vermocht hat. Man darf nicht vergessen, daß Deutschland der Welt Marx und Engels gegeben hat, daß aus der Mitte des deutschen Volkes so hervorragende Kämpfer für die Demokratie hervorgegangen sind wie August Bebel, Wilhelm und Karl Liebknecht und der im Verlies der Faschisten gemarterte und dann ermordete Ernst Thälmann.

Die Zerschlagung des Hitlerfaschismus schafft günstige Voraussetzungen für die Wiedergeburt der deutschen Demokratie, nicht nur weil ihre Anzahl geringen, dem Naziterror entronnenen Kräfte die Möglichkeit erhalten haben, die

politische Arena zu betreten. Man muß auch im Auge haben, daß im Bewußtsein der Werktätigen Deutschlands ein bestimmter Linksruck eingetreten ist, daß Millionen von Deutschen in höherem oder geringerem Grade den Glauben an den Faschismus verloren haben.

W. M. Molotow erklärte auf der Moskauer Tagung des Außenministerrats folgendes:

„In Deutschland sind ernst zu nehmende demokratische Kräfte aufgetreten, die sich jetzt entfalten. Der volle Bankrott des Hitlerregimes, der deutschen Kriegswirtschaft und der faschistischen Ideologie haben den früheren Einfluß des Faschismus und Militarismus in den arbeitenden Schichten der Bevölkerung stark untergraben. Das schafft einen günstiger Boden für die weitere Demokratisierung des politischen Lebens Deutschlands.“

Die demokratischen Kräfte, die zu aktiver Teilnahme am politischen Leben herangezogen werden müssen, sind auf der politischen Arena bald nach der Kapitulation Deutschlands aufgetaucht. Es handelt sich um die demokratischen Parteien, die Gewerkschaften und andere antifaschistische Organisationen.

In Deutschland sind gegenwärtig fünf große politische Parteien tätig: die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (in der Sowjetzone), die Kommunistische Partei und die Sozialdemokratische Partei (in den westlichen Zonen), die Christlich Demokratische Union (in Bayern nennt sie sich Christlich-Soziale Union), die Liberal-Demokratische Partei (in den westlichen Zonen heißt sie Freie Demokratische Partei bzw. Demokratische Volkspartei). Diese Parteien beteiligten sich an den in allen Zonen durchgeführten Wahlen zu den Organen der Selbstverwaltung.

In Deutschland, wo die Arbeiter und Angestellten mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, nehmen die Gewerkschaften eine rasche Entwicklung. Sie zählen bereits mehr als 6,5 Millionen Mitglieder und sind die stärkste demokratische Massenorganisation im Lande geworden. Besonders erfolgreich entwickeln sich die Gewerkschaften in der sowjetischen Besatzungszone. Hier gibt es ungefähr 4 Millionen Gewerkschaftsmitglieder, also mehr als in den drei übrigen Zonen zusammengenommen.

Schließlich haben in Deutschland der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands — eine Vereinigung der fortschrittlichen deutschen Gebildeten —, die Komitees für bäuerliche Selbsthilfe, der Demokratische Frauenbund, die Freie Deutsche Jugend und

andere antifaschistische Organisationen Autorität gewonnen.

Die Tätigkeit der politischen Parteien und der anderen demokratischen Organisationen zeigt, daß ihre Entwicklung in den verschiedenen Besatzungszonen ungleichmäßig verläuft. In Ostdeutschland wachsen die demokratischen Kräfte dank der Förderung der sowjetischen Militäradministration unvergleichlich rascher als in den westlichen Zonen. Wenden wir uns den Tatsachen zu.

Die demokratischen Parteien und die Gewerkschaften wurden in der Sowjetzone früher zugelassen als in den anderen Zonen Deutschlands, nämlich schon im Juni 1945. Bald darauf, am 14. Juli, bildeten vier Parteien — die Kommunistische Partei, die Sozialdemokratische Partei, die Liberal-Demokratische Partei und die Christlich-Demokratische Union — einen antifaschistischen Block. Dieser Block besteht bis auf den heutigen Tag, allerdings mit dem Unterschied, daß ihm nicht mehr vier, sondern nur noch drei Parteien angehören, da die Kommunisten und die Sozialdemokraten sich zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zusammengeschlossen haben. Damals, im Sommer 1945, entstand eine Vereinigung freier deutscher Gewerkschaften der Sowjetzone, und bei den Magistraten der Städte wurden antifaschistische Jugend- und Frauenkomitees geschaffen. Alle diese Organisationen sprachen sich für die Bodenreform aus und beteiligten sich wirksam an ihrer Durchführung.

Die Reform wurde in der Sowjetzone im Herbst 1945 durchgeführt. Alle Gutsbesitzerlandereien — insgesamt über 2 Millionen Hektar — wurden entschädigungslos enteignet und den Bauern übergeben. Das bedeutet, daß in Ostdeutschland die Junkerkaste beseitigt ist, die von alters her dem deutschen Militarismus als Stütze gedient hat. In den Westzonen Deutschlands dagegen ist diese Sache immer noch nicht aus dem Diskussionsstadium herausgekommen. Ja, die Diskussionsgegner haben Karl von Bülow nicht daran gehindert, kürzlich über 19 000 Hektar Boden zu erhalten, während der Großherzog von Oldenburg ebenfalls fast 19 000 Hektar erwerben konnte.

Der Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien Deutschlands — der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen —, der vor einem Jahre, im April 1946, auf dem Gründungsparteitag der Sozialistischen Einheitspartei organisatorisch vollzogen wurde, hat die Entwicklung und Vereinigung der demokratischen Kräfte zweifellos angespornt. In den westlichen Besatzungszonen traten die von Schumacher geführten rechten

Sozialdemokraten gegen die Einheit der Arbeiterklasse auf. Sie brachten es fertig, die Vereinigung der Kommunisten und der Sozialdemokraten im Maßstabe ganz Deutschlands zu hintertreiben.

Die Wirtschaft Ostdeutschlands wird auf neuer, demokratischer Grundlage wiederhergestellt. Die Parteien, die Gewerkschaften, die Komitees für bäuerliche Selbsthilfe, die fast eine halbe Million Mitglieder zählen, und die anderen antifaschistischen Organisationen in der Sowjetzone nehmen tätigen Anteil am Wiederaufbau des Wirtschaftslebens. Die Vernichtung der Monopole, die Übergabe der Betriebe, die früher Kriegsverbrechern und namhaften Nazis gehört haben, an die örtlichen Selbstverwaltungsorgane, die Denazifizierung und andere Aufgaben werden unter unmittelbarer Mitwirkung der Gewerkschaften und der anderen demokratischen Organisationen durchgeführt.

Die Gewerkschaften und Betriebsräte sind wichtige Faktoren der Demokratisierung der Industrie. Man muß berücksichtigen, daß die Betriebsverwaltungen in der Sowjetzone schon nicht mehr dieselben sind wie unter Hitler. Läßt sich in Westdeutschland, wie die deutsche Presse meldet, kein einziges Beispiel finden, daß ein Arbeiter oder Angestellter zum Leiter eines Betriebes gemacht worden wäre, so gibt es in der Sowjetzone nicht wenige derartige Beispiele.

Die demokratischen Organisationen in Ostdeutschland haben von den ersten Tagen ihrer Tätigkeit an ihre Vertreter in die Entnazifizierungskommissionen entsandt. Sie haben viel dafür getan, die Hitlerfaschisten aus den Stellungen zu vertreiben, in denen sie sich verschanzt hatten, und dadurch die Situation in der Industrie, auf dem Lande, in den Verwaltungsorganen, in der Schule und an den Hochschulen zu sanieren. Alle Parteien, Gewerkschaften und anderen demokratischen Organisationen der Sowjetzone beteiligten sich im Herbst 1946 aktiv an den Wahlen zu den gemeindlichen und bezirklichen Selbstverwaltungsorganen, an den Wahlen zu den Landtagen und Provinziallandtagen und an der Ausarbeitung von Verfassungen, die Deutschland als einen einheitlichen demokratischen Staat voraussetzen.

Gordon Schaffer, ein Korrespondent der englischen „Reynold's News“, der sich in der sowjetischen Besatzungszone aufgehalten hat, schrieb in seiner Zeitung am 13. April:

„Eine fest begründete Schlußfolgerung, die registriert werden kann, besteht darin, daß die Russen und die deutschen Antifaschisten zum mindesten die Grundlagen hergestellt haben, auf denen ein freies und demokratisches Deutschland erbaut werden kann... Was sie hier getan haben, hat bereits ein fast nie endendes Kapitel in die Nachkriegsgeschichte eingetragen.“

Die praktische Alltagsarbeit hat die demokratischen Organisationen in der Sowjetzone nicht von den Fragen des künftigen staatlichen und politischen Aufbaus Deutschlands abgelenkt. Auf Initiative der Sozialistischen Einheitspartei haben sie Entwürfe von Staatsurkunden erörtert, in denen die Grundrechte des deutschen Volkes und die Verfassung der demokratischen deutschen Republik niedergelegt werden sollen. Natürlich beurteilen nicht alle Parteien und demokratischen Organisationen der Sowjetzone die einzelnen Seiten dieser Fragen in gleicher Weise. Aber die meisten von ihnen sind einig in der Hauptsache — in der Verurteilung des Föderalismus, der nur zu einer ökonomischen und politischen Knechtung Deutschlands führen kann. Sie streben einmütig nach der Einheit Deutschlands, nach der Schaffung eines demokratischen Staates mit einer autoritativen und nicht nominalen Zentralregierung und mit Dezentralisation in einem Umfang, wie sie vor Hitlers Machtantritt bestanden hat.

Das sind einige Ergebnisse der Entwicklung der demokratischen Kräfte in Ostdeutschland.

Anders in den westlichen Zonen. Die demokratischen Parteien, Gewerkschaften und anderen Antinaziorganisationen werden dort nicht zu einer so aktiven Beteiligung am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben herangezogen wie in der Sowjetzone. Dem entspricht auch die gesamte Wirtschaftslage der Westzonen. Die englischen und die amerikanischen Besatzungsbehörden ergreifen nicht die notwendigen Maßnahmen zur Liquidierung des kriegswirtschaftlichen Potentials und der Monopole, zur Entwicklung der Friedensindustrie und zur Verbesserung der Ernährungslage. Die gestrigen Herren Deutschlands — die Wirtschaftsführer, die Hitler bewaffnet haben, und die Bodenmagnaten — nehmen nach wie vor in Wirtschaft und Verwaltung leitende Posten ein.

Von ungünstigem Einfluß auf die Entwicklung einiger demokratischer Organisationen Westdeutschlands ist die Kluft, die zwischen den breiten Mitgliedermassen dieser Organisationen und ihren Leitern besteht. Am charakteristischsten in diesem Sinne ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Tausende einfache Sozialdemokraten arbeiten Hand in Hand mit den Kommunisten und kämpfen nach Maßgabe ihrer Kräfte für die Denazifizierung und den Wiederaufbau der Wirtschaft. Gleichzeitig bezieht die Führung der Sozialdemokratischen Partei (Schumacher, Knothe, Dahrendorf, Neumann, Swolinsky u. a.) eine äußerst rechte Position in allen innerparteilichen und allgemein politischen Fragen und tritt als Agentur der Reaktion innerhalb der Arbeiterklasse auf. Schumacher und seine Kollegen sind

erfahrene Demagogen; sie bedienen sich mit Geschick einer sozialistischen Phraseologie. Nimmt man die Sache jedoch näher in Augenschein, so stellt sich heraus, daß die Schumacherleute nicht an der Liquidierung der Monopole und auch nicht an einer entschlossenen Bodenreform interessiert sind; nur in Worten sind sie für die Denazifizierung; in der Praxis aber finden sie sich damit ab, daß die übergroße Mehrheit der großen Hitlerfaschisten auf ihren Plätzen bleibt.

Schumacher und seine Freunde sind nicht abgeneigt, bei Gelegenheit von einem einigen demokratischen Deutschland zu reden, aber sie sehen den bayrischen Sozialdemokraten bei ihren föderalistischen Treibereien, den schleswigschen Sozialdemokraten bei ihrer separatistischen Tätigkeit durch die Finger und begünstigen faktisch die Wühlarbeit derjenigen, die für die Zerstückelung Deutschlands sind. Diese, mit Verlaub zu sagen, Vorkämpfer der „staatlichen Einheit“ begrüßen begeistert die Vereinigung der englischen und der amerikanischen Zone, die zur Zerstückelung Deutschlands führt, und besetzen in den neugeschaffenen Zweizonenorganen eine Anzahl leitender Posten.

In der großen bürgerlichen Partei Westdeutschlands, der Christlich-Demokratischen Union, gibt es nicht wenige Demokraten, die die Schaffung eines friedliebenden, demokratischen Deutschlands aufrichtig wünschen. An der Spitze der Christlich-Demokratischen Union im Westen aber stehen geschworene Militaristen, die das Ziel verfolgen, zur Aufrechterhaltung aller Positionen des Monopolkapitals und der Junkerclique beizutragen. Die Rädelsführer der rechten Sozialdemokratie und der Christlich-Demokratischen Union in Westdeutschland sind auch die Führer der Revanchekampagne für die Revision der in Potsdam festgesetzten deutschen Ostgrenzen, wodurch sie eine bedeutende Anzahl früherer Nazis an sich ziehen.

Trotz alledem schließen die demokratischen Kräfte auch in Westdeutschland allmählich ihre Reihen. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter kämpfen für ihre Rechte. Die demokratischen Bauernkomitees fordern Bodenreform. Auch die Freie Deutsche Jugend in den Westzonen ist aktiver geworden — sie zählt dort 50 000 Mitglieder. (In allen vier Zonen zählt diese Organisation 400 000 Jungen und Mädchen.)

Die demokratischen Kräfte in Deutschland werden zweifellos wachsen und erstarken. Im ganzen aber stößt ihre Entwicklung auf ernste Hindernisse.

Erstens handelt es sich um eine gewisse Belebung unter den dem Zugriff entgangenen hitlerfaschistischen und militaristischen Elementen,

die bemüht sind, sich der neuen Situation anzupassen. Sie arbeiten sowohl mit illegalen Methoden als auch durch Vermittlung der von den Alliierten zugelassenen Parteien, unter denen es in den Westzonen auch offen protaschistische gibt. Diese Elemente, wenn sie auch heute noch nicht daran denken, ein militaristisches Deutschland wiederherzustellen, bemühen sich doch, nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten die Entwicklung der demokratischen Kräfte zu hemmen und Erpressungen, Verleumdungen und andere schmutzige Mittel gegen sie anzuwenden. Die Besatzungsbehörden in Westdeutschland legen den Versuchen der faschistischen Elemente, Wühlarbeit gegen die Demokratie zu betreiben, nichts in den Weg.

Ein anderer Faktor, der die demokratischen Kräfte Deutschlands schwächt, ist die bereits weiter oben erwähnte Tätigkeit der rechten Sozialdemokraten, die den Zusammenschluß der Arbeiterklasse behindern. Sie haben der deutschen Demokratie ernststen Schaden gebracht.

Stellen wir einige Tatsachenangaben zusammen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands zählt heute etwa 1 700 000 Mitglieder. Die in den Westzonen tätige Kommunistische Partei Deutschlands mustert 300 000 Mitglieder. In der Sozialdemokratischen Partei sind 600 000 Personen vereinigt. Zu diesen 2,6 Millionen Mitgliedern der Arbeiterparteien kommen mindestens 4 Millionen gewerkschaftlich organisierte und den anderen Parteien oder aber keiner Partei angehörende Arbeiter. Das ist ein gewaltiger Kraftfaktor, dem jedoch die Hauptsache fehlt — die Einheit. Ganz augenscheinlicherweise wäre es, wenn die Arbeiterparteien bei den Wahlen zu den Vertretungsorganen der Westzonen in Einheitsfront vorgegangen wären, unmöglich gewesen, daß sie nur 46,6 Prozent der Stimmen auf sich vereinigten, während die bürgerlichen Parteien, die zusammen etwa eine Million Mitglieder zählen, 53,4 Prozent der Stimmen bekommen haben.

Die Schumacherleute versuchen, freilich erfolglos, den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund Berlins von innen zu sprengen, die Fraktion der Sozialistischen Einheitspartei in der Berliner Stadtverordnetenversammlung zu kompromittieren und die Freie Deutsche Jugend zu spalten.

Die Tätigkeit der rechten Sozialdemokraten ist ein ernstes Hemmnis für die Entwicklung der Arbeiterbewegung. Die fortschrittlichen Arbeiter Deutschlands legen sich Rechenschaft darüber ab, daß der Kampf für ein einiges demokratisches Deutschland verschmelzen muß mit dem Kampf für die Einheit der Arbeiterbewegung, daß diese

Einheit die wichtigste Garantie sein wird für die Demokratisierung des Landes.

Ein wichtiger Faktor schließlich, der das Entwicklungstempo der demokratischen Kräfte in Deutschland herabsetzt, ist die Stellungnahme der Besatzungsbehörden in den Westzonen, die ausschließlich die Rechtsparteien fördern und eine ausgesprochen unfreundliche Haltung gegenüber den wirklich demokratischen Organisationen einnehmen. Diese Stellungnahme ist durch eine auf weite Sicht berechnete Politik bedingt, die Deutschland in einen von den USA und England abhängigen Staat oder eine Reihe von Staaten verwandeln will, in denen sozialdemokratische und katholische Marionetten vom Schlage Schumachers und Adenauers an der Macht stünden.

Die Demilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands sind wichtige Garantien für die Herstellung eines festgefügt und andauernden Friedens in Europa. Die Demokratisierung

Deutschlands setzt die Entwicklung und die Förderung der Tätigkeit aller wahrhaft demokratischen antifaschistischen Organisationen voraus. In dieser Richtung ist in den Westzonen bedeutend weniger getan worden, als man hätte erwarten können und sollen. Insbesondere ist der Zusammenschluß der deutschen demokratischen Organisationen im Reichsmaßstabe schon längst zu einer dringenden Notwendigkeit geworden. Diese vor dem Kontrollrat auf Initiative der Sowjetvertreter schon im Oktober 1945 aufgeworfene Frage harrt bis heute ihrer Erledigung.

Die demokratischen Kräfte des deutschen Volkes beginnen sich erst zu entwickeln. Noch steht ihnen viel zu tun bevor, damit Deutschland zu einem friedliebenden Land werde, das für immer mit der Nazivergangenheit gebrochen hat. Aber die fortschrittlichen Kräfte der deutschen Demokratie haben bereits gezeigt, daß sie ein wichtiger Faktor der Demilitarisierung und der Demokratisierung des Landes sind.

Das neueste Manöver Francos

O. ARTUROW

IN DER NACHT zum 1. April machte der Madrid der Rundfunk Mitteilung von einer neuen Francorede, in der der Häuptling der spanischen Faschisten erklärte, in Spanien würden in nächster Zeit die Monarchie ausgerufen und Gesetze erlassen werden über die Führung des Staates und über die Kontinuität der Macht. Man erkennt aus den veröffentlichten Gesetzentwürfen unschwer, daß die „Führung des Staates“ faktisch keine Veränderungen erfährt. „Die Führung des Staates gehört dem Caudillo“, heißt es in dem Gesetzentwurf. Der „Caudillo“ aber ist Franco. In dem Gesetzentwurf wird Franco als Oberhaupt des Staates bezeichnet, dem irgendein von ihm selbst ernannter Regentschaftsrat zur Seite stehen werde.

Das Francoregime bleibt also unangetastet. Die Umbenennung Francos, dieses übriggebliebenen Spießgesellen Hitlers, zum „Oberhaupt des Staates“ oder „Regenten“ und die Umbenennung der faalangstischen Oberschicht in einen „Regentschaftsrat“ bringt keinerlei Änderungen. Solange

Franco nicht gestürzt ist, solange seine Falange nicht aufgelöst ist, bleibt Spanien nichts anderes als ein faschistischer Staat vom Typus des hitlerfaschistischen Deutschlands.

Francos Erklärung vermag niemand hinter Licht zu führen. Trotzdem hat ein offizieller Vertreter der britischen Regierung folgendes erklärt:

„Britannien bewillkommt Francos Monarchieplan, wenn er das bevorstehende Verschwinden des Regimes General Francisco Francos bedeutet.“

Es läßt sich schwer sagen, was hier vorwiegt: der traditionelle englische Humor oder der Versuch, die Augen davor zu verschließen, daß der Plan Francos, dem der Boden unter den Füßen brennt, nichts anderes bedeutet als das Bestreben, Zeit zu gewinnen, um das faschistische Regime aufrechterhalten zu können.

Der Flirt mit der Monarchie dient Franco nicht das erstemal als eine Art Blitzableiter. Ein Volksentscheid über die Monarchie figuriert zum wiederholten Mal in seinem Programm; es gibt kaum

ein Jahr, in welchem nicht ein Francoemissär bei den führenden spanischen Monarchisten in der Emigration erschienen wäre. Der versprochene Volksentscheid wurde natürlich nicht durchgeführt. In den Jahren 1944 und 1945 gab Franco abermals mehrere Erklärungen zugunsten der Monarchie ab. Im Gefolge ihres Häuptlings brachten viele Mitglieder der Falange aus Rückversicherungsgründen Sympathien für die Monarchie zum Ausdruck. Die Manöver der Franquisten erwiesen sich jedoch als ein so durchsichtiges Spiel, daß selbst Don Juan, den der frühere König Alfons XIII. vor seinem Tode als Thronprätendenten einsetzte, es rundweg ablehnte, über eine Restauration der Monarchie zu reden, solange die Macht sich in den Händen Francos und seiner Falange befindet.

Das neue Manöver des Caudillo ist nicht zufällig unternommen worden, nachdem Truman seine Kongreßbotschaft über die „Hilfe“ für Griechenland und die Türkei veröffentlicht hat. Die Francoclique hat die Kunde von der Unterstützung der ihr wesensverwandten Staatssysteme in freudiger Erregung aufgenommen und ganz bestimmte Hoffnungen daran geknüpft. Wie der Madrider Reuterkorrespondent meldet, erhob sie unverzüglich Anspruch auf eine ebensolche Hilfe „als die einzige starke Rechtsregierung unter den Regierungen der westlichen Mittelmeerstaaten“.

Francos neues Manöver hängt somit direkt zusammen mit der in Washington proklamierten „Trumandoktrin“. Dieses Manöver bezweckt augenscheinlich, den Washingtoner Schutzherrn des spanischen Faschismus ihre Aufgabe zu erleichtern, die schon jetzt von der Unterstützung Francospaniens sprechen, ohne sich im geringsten daran zu kehren, daß das eine schreiende Verletzung des bekannten Beschlusses in der spanischen Frage wäre, den die UNO-Generalversammlung im Dezember 1946 in Neuyork gefaßt hat.

Dieser Beschluß der Generalversammlung hat trotz all seiner Halbschlächtigkeit das gegen das Francoregime kämpfende spanische Volk zweifellos aufgemuntert.

Von der Welt abgeschnitten, nur im Besitz der dem Feinde abgenommenen Waffen, sind die Abteilungen der heldenhaften spanischen Partisanen zu einer ernst zu nehmenden Macht geworden. Im Jahre 1946 haben die spanischen Partisanen mehr als 700 Operationen durchgeführt. Die Volksmassen sind empört über das Schalten und Walten der falangistischen „Estraperlisten“ (Schieber und Spekulanten), die das Land in den Fängen des Terrors, des Hungers und der Zerrüttung und in internationaler Isolierung halten. Franco und seine Bande könnten sich nicht

an der Macht behaupten, wenn ihnen nicht aus England und von jenseits des Ozeans Hilfe zuteil würde. Schon der bloße Gedanke, diese Hilfe könnte aufhören, erfüllt die Machthaber Spaniens mit Schrecken.

Die Abberufung der Botschafter und Gesandten war an und für sich bestenfalls eine Warnungsmaßnahme. Aber selbst ein so schüchterner Übergang von Worten zur Tat hat eine neue Opposition auch in der unmittelbaren Umgebung Francos hervorgerufen. Am 30. Dezember 1946 sollte auf einer Sitzung der von ihm (zu zwei Dritteln unmittelbar, zu einem Drittel durch die falangistischen Syndikate und Munizipalitäten) ernannten beratenden Cortes (Cortes consultativos) der Staatshaushalt für 1947 erörtert werden, der eine Steuererhöhung um 20 Prozent zwecks Deckung der immer mehr wachsenden Ausgaben für die Armee und verschiedene Arten Polizei vorsieht. Hier geschah etwas ganz Ungewöhnliches: von den 438 Mitgliedern des Pseudoparlaments erschienen zur Sitzung nur 180, und von diesen stimmten 68 gegen den Staatshaushalt. Dieser Vorfall ist nicht das einzige Anzeichen für die Krise des Franquismus. In den von der Madrider Regierung einberufenen Beratungen über Fragen der Landwirtschaft und der Industrie sind trotz der sorgfältigen Aussiebung ihrer Teilnehmer bittere Klagen über den Hunger und das Elend im Lande laut geworden. Die Delegierten wurden vom Caudillo gerügt und nach Hause geschickt.

In der UNO-Resolution ist von wesentlicher Bedeutung der Punkt, der den Sicherheitsrat verpflichtet, zu der vorliegenden Frage zurückzukehren, wenn die faschistische Regierung nicht „in angemessener Frist“ durch eine andere Regierung ersetzt wird. Alle „angemessenen Fristen“ sind jedoch bereits verstrichen. Es ist längst an der Zeit, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um der Unterstützung des Franquismus von außen ein Ende zu machen.

Ohne das amerikanische Benzin, ohne die englische Kohle, ohne den transatlantischen Weizen kann sich die Francokamarilla, die den Frieden und die Sicherheit der Welt bedroht, nicht an der Macht behaupten. Gewisse Leute sind geneigt, darüber zu streiten, ob der Abbruch der diplomatischen und kommerziellen Beziehungen zwischen den Mitgliedern der UNO und Spanien zu einer sofortigen Rückkehr der gesetzlichen republikanischen Regierung nach Spanien führen würde. Es ist jedoch ganz unbestreitbar, daß er zum Sturz des Francoregimes beitragen und den Spaniern die Möglichkeit geben würde, über den gesellschaftlichen und staatlichen Aufbau ihres Landes selbst zu entscheiden.

Die demokratische Öffentlichkeit: die Arbeiterschaft des Metro-Vickers-Betriebs in Manchester, die es ablehnte, einen Auftrag des gegenwärtigen Spaniens auszuführen, die Schauerleute von Ceylon, die keine Baumwolle auf Francoschiffe verladen wollten; die Millionenmassen, die im vorigen Jahre auf den Aufruf der Weltföderation der Gewerkschaften hin an antifranquistischen Demonstrationen teilnahmen — sie alle fordern die Vernichtung des Faschismus in Spanien. Um das aber zu erreichen, müssen die Regierungen aller demokratischen Länder mit Franco brechen und nicht mehr zulassen, daß ihm noch weiter Unterstützung zuteil wird.

Die Apologeten und Verteidiger des Franquismus hören nicht auf, alle möglichen juristischen Formeln zu konstruieren und an das zu appellieren, was sie das Völkerrecht nennen. Zu den beliebten Argumenten der Verteidiger Francos gehört die Behauptung, sein blutbeflecktes Regime stelle eine innere Angelegenheit Spaniens dar, also dürften sich die demokratischen Mächte und die von ihnen geschaffene internationale Organisation nicht in die spanischen Angelegenheiten einmischen.

So argumentieren jedoch nur politische Heuchler. Das Schicksal des faschistischen Reservats in Spanien ist der Sache und der formalen Seite nach ein brennendes, keinen Aufschub duldendes internationales Problem. Vom juristischen Standpunkt aus hat es internationalen Charakter gewonnen seit dem Abkommen der Mächte über die Einsetzung des berüchtigten „Nichteinmischungskomitees“. Die wiederholte Behandlung der spanischen Frage in der UNO beweist immer aufs neue, daß praktisch alle Staaten ihre internationale Bedeutung anerkannt haben. Selbst der in juristischer Rabulistik erfahrenste Jesuit der römischen diplomatischen Schule könnte nicht die Wahrheit widerlegen, daß die Großmächte für die Lösung der Frage Spaniens verantwortlich sind.

Was die faktische Seite der Sache anbelangt, so wird die internationale Bedeutung dieser Frage aus dem Folgenden genügend klar.

Spanien war das erste Opfer der Aggression Deutschlands und Italiens. Die Geschichte der Aufpflanzung Francos auf den Bajonetten Hitlers und Mussolinis ist den Völkern Europas und der ganzen übrigen Welt noch frisch in Erinnerung. Die bewaffnete Intervention, die Deutschland und Italien 1936—1939 in Spanien durchführten, hat in breiten Volksmassen aller Länder Empörung hervorgerufen. Zehntausende demokratische Kämpfer aller Nationalitäten haben damals mit der Waffe in der Hand gemeinsam mit dem spanischen Volk gegen die deutschen und italienischen Interventen und ihren Agenten

Franco gekämpft. Es ist nicht überflüssig, daran zu erinnern, daß es unter den Kämpfern für die spanische Republik nicht wenige Amerikaner und Engländer gab. Die Heifersheldendienste Chamberlains und Daladiers erlaubten es Hitler und Mussolini, den Widerstand des spanischen Volkes zu brechen und die spanische Republik in den Staub zu treten.

Natürlich hat das spanische Volk nach der Zerschlagung der Hitlerschen „Achse“ das Recht, zu erwarten, daß die demokratischen Großmächte ihm helfen werden, das ihm von den Bajonetten Hitlers und Mussolinis aufgezwungene faschistische Regime loszuwerden und die demokratische Republik wiederherzustellen. Alle objektiven Beobachter, die 1943 und 1944 in Spanien gewesen sind, bestätigen einmütig die Schlußfolgerung des spanischen Gewerkschafters Vega, eines Sozialisten, der in seinen „Eindrücken von Franco-Spanien“ (*Impresiones de la España Franquista*) folgenden geschrieben hat:

„Alle ohne Ausnahme — die Arbeiter, die Demokraten, die Liberalen unseres Landes — erwarten ihre Befreiung nach Beendigung des Krieges.“

Die Hoffnungen des von Francos Terrorregime gequälten spanischen Volkes sind bis jetzt nicht in Erfüllung gegangen. Diese Hoffnungen müssen aber verwirklicht werden. Das erheischen die Interessen nicht nur des spanischen Volkes. Die Liquidierung des Francoregimes in Spanien ist notwendig als eine der wesentlichsten Maßnahmen zwecks Gewährleistung der allgemeinen Sicherheit, denn der Franquismus zeichnet sich — ebenso wie jeder andere Faschismus — durch äußerste Aggressivität aus und wartet nur auf eine günstige Situation, um den Frieden zu verletzen.

Die ganze Struktur des franquistischen Staatsapparats beweist seine aggressiven Bestrebungen. Die Auslandsfalanke, die 1 Million Mitglieder in 20 Staaten zählt, der Rat des Hispanismus (*Consejo de Hispanidad*), das vor kurzem geschaffene Ibero-Amerikanische Kulturinstitut und andere Francoämter strecken ihre gierigen Fangarme in die spanisch sprechenden Überseeländer aus. Während der zeitweiligen Erfolge Hitlers, als die Madrider Faschisten es nicht für nötig hielten, vor den USA zu kriechen, tauchten in Spanien Bücher auf wie Maetzys „Zum Schutze des Hispanismus“ (*La defensa de Hispanidad*), Tovaes „Reich Spaniens“ (*El imperio de España*) oder Ernesto Caballeros „Der Genius Spaniens“ (*Genio de España*), die die Wiederherstellung des spanischen Reiches in den Grenzen des 17. Jahrhunderts verlangten. Man kann eine solche Forderung zusammen mit dem Aufruf, zu Wasser

und zu Lande zu rüsten, auch in dem 1934 beschlossenen und bis heute gültigen Programm der Falangistischen Partei finden. Im Jahre 1940 wurde in Madrid ein falangistisches Blättchen „La Voz de Pueblo“ (Die Stimme des Volkes) verbreitet, worin nicht nur ein Eroberungsprogramm für Afrika und Südamerika propagiert wurde, sondern auch die Forderung enthalten war, die USA zu zerstückeln und Florida und Kalifornien den spanischen Besitzungen anzugliedern. Derartige Stimmen verstummten erst, als es klageworden war, daß die faschistische „Achse“ keine Chancen hatte, sich mit der Aufteilung der USA zu befassen, d. h. nach der Schlacht von Stalingrad.

Welches die wirklichen Gefühle der Franquisten gegenüber Großbritannien sind, davon sprechen beredt die Artikel und Bücher Manuel Aznars, des wichtigsten falangistischen Publizisten, der überall den Gedanken durchführt, daß „der Felsen von Gibraltar als eine unübersteigbare Mauer England und Spanien trennt“. Als Lord Templewood (Samuel Hoare) 1940 Franco seine Beglaubigungsschreiben überreichte, füllte der faschistische Mob die Straßen und rief wie verrückt: „Gibraltar! Gibraltar!“

Wenn derartige Losungen in dem „Spanischen Hause“ — dem von den Londoner Behörden geduldeten Zentrum der falangistischen Propaganda — jetzt nicht zu finden sind, so erklärt sich das auf die gleiche Weise: der Mißerfolg des Barbarossaplans (Überfall auf die Sowjetunion) nötigte dazu, den Isabella-Felix-Plan (Eroberung Gibaltars durch die vereinigten Kräfte Hitlers und der Franquisten) aufzugeben.

Gegenwärtig halten die Franquisten die USA und England für zu stark, um ihnen gegenüber frech zu werden. Die Französische Republik halten sie für schwach genug, um mit ihr keine Umstände zu machen. Mehr als die Hälfte seiner übermäßig großen Armee, d. h. etwa 400 000 Mann, hat Franco in unmittelbarer Nähe der von ihm befestigten Pyrenäengrenze stehen. Die französische Polizei hat vor kurzem eine weitverzweigte und vielköpfige Spionageorganisation der Franquisten ausgehoben, die viele Departements Frankreichs mit ihren Netzen umspannte. Als die französische Regierung im Februar v. J. die spanische Grenze schloß, war das eine minimale Selbstschutzmaßnahme gegen eine reale Gefahr.

Die Aufrechterhaltung des Francoregimes legt eine Bresche in das ganze System der Bestrafung der Kriegsverbrecher, die nach dem Siege über den Faschismus in die Wege geleitet wurde. Die Kommission des Sicherheitsrates, die unter dem

Vorsitz des australischen Außenministers Evatt tätig war, charakterisierte Franco als einen der an der faschistischen Verschwörung gegen den Frieden beteiligten Männer. Von was für einer internationalen Gerichtsbarkeit kann die Rede sein, wenn dieser Verbrecher nicht nur nicht seinen Platz auf der Anklagebank in Nürnberg eingenommen hat, sondern sogar fortfährt, über das Schicksal eines ganzen Landes zu entscheiden! Welcher Jurist könnte eine Logik darin finden, daß, während die deutschen Kriegsverbrecher, die die westlichen Gebiete der Sowjetunion ruinierten, vor Gericht gestellt und gehängt wurden, der Francogeneral Muños Grandes, der als Befehlshaber der „Blauen Division“ das gleiche tat, nicht nur nicht gerichtlich zur Verantwortung gezogen wurde, sondern auch danach zum Befehlshaber des Militärkreises Madrid und zum Vorsitzenden eines Militärtribunals ernannt worden ist...

Die Straflosigkeit der spanischen Kriegsverbrecher führt zur Straflosigkeit eines bedeutenden Teiles deutscher Kriegsverbrecher. Wiederholt hat die Auslandspresse, besonders in den USA, mitgeteilt, daß viele zehntausende Hitlerfaschisten in Spanien Unterschlupf gefunden haben. Die Francoregierung scheute sich nicht, im Staatshaushalt mehr als 3 Millionen Peseten auszuwerfen für „bedürftige Ausländer, die infolge der Kriegsverhältnisse nach Spanien verschlagen worden sind“.

Wer da erklärt, man könnte Franco überreden, die Hitlerfaschisten auszuliefern, oder ihn daran hindern, Versuche über die Zertrümmerung des Atomkerns durchzuführen, wie sie von flüchtigen faschistischen deutschen Gelehrten auf Basis des spanischen Urans durchgeführt werden, der maskiert das Wesen der Politik der gegenwärtigen Machthaber Spaniens. Die prohitlersche Politik der spanischen Reaktion hat tiefgehende soziale Wurzeln. Nicht nur der Umstand, daß die deutschen Faschisten eine entscheidende Rolle gespielt haben bei dem gewaltsamen Sturz der spanischen Republik, nicht nur die alten persönlichen Beziehungen des Madrider Caudillos und seiner Umgebung zum deutschen Spionagedienst, nicht nur die Identität des politischen Regimes, sondern auch die grundlegenden Interessen der regierenden Oberschicht des jetzigen Spaniens bedingen den prohitlerschen Charakter der Francopolitik.

Das spanische Problem ist auch deshalb ein internationales Problem, weil es in Wirklichkeit keinerlei Nichteinmischung in die spanischen Angelegenheiten gibt. Die „Politik der Nichteinmischung“ wird von denjenigen vertreten, die faktisch am inneren Leben Spaniens ganz unmittelbar beteiligt sind. Die reaktionären Zeitungen

Londons und Neuyorks versuchen die spanische Frage als irgendeine Quadratur des Kreises hinzustellen — die Westmächte wollen angeblich, daß Franco von den Spaniern selbst gestürzt werde, und die spanischen Antifaschisten erklären angeblich, sie könnten das nicht tun ohne Einmischung von außen. Derartige Rasonnements aber sind der reinste Betrug.

In Wirklichkeit sollen Großbritannien, die USA und einige andere Staaten ihre Hilfe für Franco, ihre Einmischung in das spanische Leben auf Seiten des Faschismus einstellen. Was ist denn das für eine Nichteinmischung, wenn Franco die Partisanen mit Hilfe amerikanischer Flugzeuge und Panzer, mit Hilfe englischer Lastkraftwagen und Motorräder, mit Hilfe von Schweizer Maschinenpistolen bekriegt? Was ist das für eine Nichteinmischung, wenn Spanien aus England fahrbare Kraftwerke erhält? Was ist das für eine Nichteinmischung, wenn die USA und Argentinien an Franco Getreide abfertigen, für dessen Transport, nebenbei gesagt, Schiffe der UNRRA ausgenutzt wurden? Was ist das für eine Nichteinmischung, wenn Argentinien, ein Mitglied der UNO, Franco einen Kredit von 400 Millionen Peso einräumt?

Nur unter der Bedingung, daß die politische und ökonomische Unterstützung Francospaniens von außen restlos liquidiert wird, kann davon gesprochen werden, über sein Schicksal durch die inneren Kräfte des Landes entscheiden zu lassen. Die demokratische Öffentlichkeit, die den Abbruch der Beziehungen mit Franco fordert, tritt für eine wirkliche Nichteinmischung in die spanischen Angelegenheiten ein. Demgegenüber sind die Troubadoure der sogenannten „Politik der Nichteinmischung“ Handlanger des Franquismus in seinem blutigen Krieg gegen das spanische Volk.

Nach der Proklamierung der „Trumandoktrin“ sind die Washingtoner Schutzherrn Francos offenbar geneigt, noch weiter zu gehen. Am 8. April meldete France Presse aus Madrid:

„Seit einigen Tagen zirkulieren in gewissen Kreisen Madrids Gerüchte, die davon wissen wollen, daß die USA die Absicht haben, Spanien in nächster Zeit eine Anleihe zu gewähren. Diese Gerüchte haben, nach

Francos Rede vom 31. März neue Nahrung gefunden.“

Die offiziellen Kreise in Washington haben diese Gerüchte kennzeichnenderweise nicht dementiert, und die Spanienreise Paul Culbertsons, eines verantwortlichen Vertreters des USA-Statsdepartements, verleiht den Mitteilungen dieser Art einen besonderen Sinn. Offensichtlich tragen sich die Kreise, die der internationalen Zusammenarbeit feindlich gegenüberstehen, mit neuen unheilvollen Plänen, um die UNO zu sprengen und sich von internationalen Verpflichtungen und Abkommen offen abzukehren.

Die Stellungnahme der regierenden Kreise der angelsächsischen Länder in der spanischen Frage hängt mit den ökonomischen Interessen der Londoner City und der Neuyorker Wall Street zusammen. Wirklich sind die Aktionäre und Direktoren der Rio-Tinto-Kompagnie oder der spanischen Vickersfirma sehr daran interessiert, daß in Spanien eine Regierung existiere, die Streiks verbietet und durch ihre Requisitionen Tausende von Bauern zwingt, ihre Dörfer zu verlassen und sich gegen niedrigen Lohn als Arbeitskraft an die Konzessionäre zu verkaufen. Wirklich können die Besitzer der Banco Hispano-Americano nicht umhin, eine Regierung zu begrüßen, die dafür, daß man ihr bei der Unterdrückung des eigenen Volkes hilft, den Löwenanteil der spanischen Industrie der Kontrolle der amerikanischen Banken unterstellt. Auf der anderen Seite ist es kein Wunder, daß Franco zwecks Aufrechterhaltung seiner Macht bereit ist, sein Land an Ausländer zu verkaufen.

Das neueste Manöver des dem Tode geweihten Falangistenregimes beweist ein übriges Mal, daß die Spanien knechtende und die internationale Sicherheit bedrohende Francoclique ihr Spiel noch nicht für verloren hält. Es ist die heilige Pflicht der Vereinten Nationen, alle Beziehungen mit Francos Räuberregime abubrechen und dem spanischen Volke zu helfen, die demokratische Ordnung im Lande wiederherzustellen, um dadurch diesen faschistischen Brutherd der Aggression und der Bedrohung des Friedens und der Völkersicherheit zu liquidieren.

Internationale Umschau

(Notizen)

DAS ERSTE DONNERGROLLEN

An der Newyorker Börse war am 14. April ein starker Kurssturz zu beobachten. Besonders betroffen waren die Aktien der Stahl- und Motorenindustrie, aber auch der Eisenbahngesellschaften. Stahltraktaktien fielen um 2, Chrysleraktien um 4 Punkte usw. An diesem Tage erreichten die Börsenkurse den tiefsten Stand der letzten Jahre.

Die amerikanische Presse versucht die Kursenkung durch die Streikgefahr, die hohen Preise und Steuern zu erklären. Diese Erklärung jedoch berührt das Wesen der Frage nur von einer Seite. In Wirklichkeit ist die Situation viel komplizierter.

Die Wirtschaft der USA befindet sich immer noch in der Periode des Nachkriegsbooms. Die Profite der amerikanischen Korporationen halten sich auf einem Niveau von 15 Milliarden Dollar jährlich, liegen also 50 Prozent höher als während der Kriegszeit. Das ist jedoch kein Beweis für die innere Gesundheit der amerikanischen Wirtschaft. Meldungen über hohe Profite haben keinen großen Einfluß auf die Börsenkurse. Die Unternehmer sind selbst der Auffassung, daß hohe Profite eine vorübergehende Erscheinung sind. Hieraus erklärt sich, daß die ausgeschütteten Dividenden geringer sind als die gemachten Profite: 1929 wurden zwei Drittel der Profite in Form von Dividenden verteilt, während gegenwärtig nur zwei Fünftel zur Verteilung gelangen.

Als die Regierung im vorigen Sommer die Preiskontrolle aufhob, da lautete eines der Argumente dahin, die Erweiterung der Produktion werde eine Preissteigerung verhindern. In Wirklichkeit aber sind die Preise rasch gestiegen, während das Produktionsniveau von den Monopolen künstlich niedrig gehalten wurde. Nach Angaben des Arbeitsdepartements lagen die Preise im Januar d. J. um 17,9 Prozent höher als im Januar v. J. und um 55,3 Prozent höher als im August 1939. Dem „Wall Street Journal“ zufolge sind die Lebensmittelpreise im Laufe des vorigen Jahres um 52 Prozent gestiegen.

Die hohen Preise verschaffen den Unternehmen hohe Profite, dafür aber wird die Kaufkraft der Bevölkerung eingeschränkt. Das Existenzminimum bleibt außerordentlich hoch. Die Steigerung der Preise verschlingt rasch die Ersparnisse, die die Arbeiter während des Krieges zu machen vermochten. Schon jetzt tritt eine

Tendenz zutage, den Detailhandel einzuschränken. „Business Week“, ein Organ der Geschäftskreise, bemerkt, der Oster- und Frühjahrshandel habe in diesem Jahre „enttäuscht“, sein Umfang sei geringer gewesen als im Vorjahre.

Einige Organe der Geschäftskreise wie die erwähnte „Business Week“, aber auch „United States News“ sagen bereits warnend voraus, das Steigen der Preise und die Verteuerung der Lebenshaltung werde eine Einschränkung des Marktes bewirken, es drohe zu Überproduktion und in weiterer Perspektive zu einem katastrophalen Preissturz und Massenarbeitslosigkeit zu führen.

Unter diesen Umständen kann man die Kursenkung an der Newyorker Börse nicht für eine zufällige Erscheinung halten. Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, daß solche Börsenstöße nur der Vorbote einer herannahenden Krise sind.

DER VOLKSWIRTSCHAFTLICHE ZWEIJAHRSPLAN BULGARIENS

Das Große Sobranje Bulgariens hat kürzlich ein Gesetz über einen volkswirtschaftlichen Zweijahrsplan beschlossen. Die Öffentlichkeit der demokratischen Länder beurteilt diese Tatsache als einen weiteren Schritt vorwärts auf dem Wege der Entwicklung neuer ökonomischer Grundlagen und der Konsolidierung des fortschrittlichen demokratischen Regimes der bulgarischen Republik.

Der von der Regierung der Vaterländischen Front ausgearbeitete Plan entspricht den Lebensinteressen der Volksmassen und bildet ein schöpferisches Programm des Wiederaufbaus und der Entwicklung der Volkswirtschaft des Landes.

Den ökonomischen Rückstand Bulgariens liquidieren, das Vorkriegsniveau der Produktion in der Landwirtschaft, der Industrie und den anderen Zweigen der Volkswirtschaft erreichen und überschreiten und auf dieser Grundlage das materielle und kulturelle Niveau des Volkes heben — das sind die wichtigsten Aufgaben des Zweijahrsplans.

Die Industrieproduktion soll gegen 1939 um insgesamt 67 Prozent gehoben werden, und zwar in außerordentlich kurzer Frist: im Laufe der Jahre 1947 und 1948. Die Hausindustrie, die in

der Wirtschaft Bulgariens eine wesentliche Rolle spielt, soll ihre Erzeugung um 44,2 Prozent vergrößern.

Im Jahre 1948 soll die Steinkohlenförderung diejenige von 1946 um 40 Prozent übertreffen. Die entsprechende Steigerung in der Erzgewinnung beträgt 55 Prozent, in der Gewinnung von Mineralien ohne Schwermetalle 76 Prozent, in der Erzeugung von elektrischem Strom 35 Prozent und im Eisenbahnfrachtverkehr 34 Prozent.

Nicht weniger bedeutsame Veränderungen sollen in der Landwirtschaft Bulgariens vor sich gehen. Das Gesamtniveau der landwirtschaftlichen Produktion wird 1948 um 34 Prozent höher liegen als 1939. Mehr als 150 000 landarme und landlose Wirtschaften werden Boden erhalten. Die Viehzucht wird 1948 um 116 Prozent mehr Produkte erzeugen als 1939.

Der Umfang der Kapitalanlagen in der Volkswirtschaft wird 1948 gegenüber 1946 230 Prozent betragen.

Um den Zweijahrplan zu erfüllen, wird das bulgarische Volk große Anstrengungen aufbieten müssen. Aber alle der Vaterländischen Front angehörenden Parteien, Gewerkschaften und gesellschaftlichen Organisationen, die die einmütige Meinung der Werktätigen Bulgariens widerspiegeln, sind davon überzeugt, daß das Land die gestellten Aufgaben erfüllen wird.

Die Feinde der demokratischen Republik haben den Zweijahrplan mit bösewärtigen Zischen aufgenommen. Die Führer der sogenannten Opposition versuchen den Plan einerseits zu verunglimpfen und andererseits den Glauben des Volkes an seine Verwirklichung zu erschüttern. Der Arbeitsenthusiasmus und die politische Einheit des bulgarischen Volkes sind die beste Antwort auf die Quertreibereien der feindlichen Elemente. Der Wiederaufbau und die Entwicklung der Volkswirtschaft Bulgariens auf neuen, demokratischen Grundlagen wird dem Lande Wohlstand, wirtschaftliche Selbständigkeit und nationale Unabhängigkeit sichern.

DIE PALÄSTINAFRAGE VOR DER UNO

Am 28. April wird eine außerordentliche Tagung der Generalversammlung der UNO stattfinden, die eigens der Frage Palästinas gewidmet ist. Manche Organe der Auslandspresse sind bereits bei der Hand mit der Voraussage, daß die Erörterung des Palästinaproblems vorläufiger Natur sein und daß die Beschlußfassung bis zum Herbst verschoben werden wird.

Es hat natürlich keinen Sinn, sich mit irgendwelchen Voraussagen über diesen Gegenstand zu

befassen. Die Tatsache jedoch, daß die Palästinafrage der UNO zur Behandlung unterbreitet wird, ist zweifellos positiv zu beurteilen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist die UNO das einzige kompetente Organ für die Lösung solcher Probleme.

Die Palästinafrage ist im Laufe der letzten Jahrzehnte zum mindesten zwanzigmal der Gegenstand aller möglichen Untersuchungen und Feststellungen in verschiedenartigen Kommissionen und Ausschüssen gewesen, die von der Mandatarmacht entweder allein von sich aus oder unter Heranziehung einer anderen auswärtigen Macht, die auf „besondere Interessen“ in diesem alten und vielgeprüften Lande Anspruch erhebt, eingesetzt wurden. Alle diese Kommissionen und Untersuchungen haben zu keinerlei positiven Resultaten geführt. Einen der letzten erfolglosen Versuche, die Palästinafrage zu bereinigen, unternahm die Ende 1945 von den Regierungen der USA und Englands eingesetzte Kommission. Die Empfehlungen dieser Kommission waren weder für die Bevölkerung Palästinas noch auch für die Nachbarstaaten annehmbar, die daran interessiert sind, daß das Land aufhört, eine Quelle der Wirren und der Unruhen im Nahen Osten zu sein.

Die USA und England haben es nicht einmal fertiggebracht, sich untereinander über diese Frage zu verständigen.

Die Situation in Palästina bleibt jetzt, wo die außerordentliche Tagung der Generalversammlung einberufen wird, nach wie vor äußerst gespannt. Die Unruhen und blutigen Zusammenstöße im Lande dauern an. Die englischen Behörden sind nicht in der Lage, Ordnung herzustellen, obgleich sie dort große, nach dem letzten Schrei der Technik bewaffnete Streitkräfte besitzen. Auf 18 Einwohner Palästinas (Greise und Säuglinge mitgerechnet) kommt ein britischer Soldat. Das militärische Regime in Palästina stützt sich auf eine gut ausgebildete Polizei und ein verzweigtes System von Konzentrationslagern. Aber das strenge Polizeiregime, der Terror und die Hinrichtungen vermögen die englandfeindliche Bewegung nicht zu unterdrücken.

Explosionen und Brände, die Millionenverluste verursachen und die normale Entwicklung der Wirtschaft Palästinas stören, Schießereien auf den Straßen der Städte und Dörfer, Massenhäusungen und Massenrazzias der Polizei — das ist der Hintergrund des palästinensischen Alltagslebens. Die Kriegsgerichte, deren Urteile keiner Appellation unterliegen, urteilen auch über Zivilpersonen ab.

Das englische Mandat über Palästina hat sich als Verwaltungssystem endgültig diskreditiert. Nicht einmal die britischen offiziellen Kreise

versuchen das zu bestreiten — so augenscheinlich sind die traurigen Resultate der englischen Kolonialherrschaft und der Methoden der Imperialisten, die darauf aus sind, den nationalen Hader zu schüren.

Der Gang der Ereignisse und die Situation im Lande heischen unaufschiebbar sofortige Revision des Palästina-Statuts und die Sicherung von Voraussetzungen für die Schaffung eines demokratischen Regimes.

ENTGLEITENDE REICHTÜMER

Die von Truman in bezug auf Griechenland und die Türkei vorgeschlagenen Maßnahmen stehen in direktem Zusammenhang mit den amerikanischen Erdölinteressen im Mittleren Osten. Das ist kein Geheimnis. Der „Sun“ (Baltimore) schreibt:

„Es liegen gewichtige Beweise dafür vor, daß die Politik der USA darauf beruht, daß Griechenland, die Türkei und Iran die Schlüsselstellungen zu gewaltigen Erdölreichtümern bilden.“

In diesem Zusammenhang lenken Mitteilungen über das Bestreben der amerikanischen Erdölmonopole, ihre ungeteilte Herrschaft über die Erdölreichtümer des Mittleren Ostens herzustellen, die Aufmerksamkeit auf sich. J. A. Moffett, einer der früheren Leiter der Standard Oil Company of California, hat in einer Senatsrede geradeheraus erklärt, die amerikanischen Erdölindustriellen streben danach, England von den Erdölfeldern Saudisch-Arabiens abzudrängen.

Das verstärkte Vordringen der USA in die Länder des Mittleren Ostens, die bisher die ausschließliche Einflußsphäre Englands bildeten, ruft in manchen englischen Kreisen Unruhe hervor. Ein Korrespondent des „Washington Star“ meldet aus Stambul, einige offizielle Vertreter Englands in der Türkei seien

„der Meinung, Amerika habe die Grenzen überschritten, indem es in die englische Einflußsphäre im Mittleren Osten eindrang.“

Die englische Seite trifft offenbar Maßnahmen, um ihre Positionen in den Ländern des Mittleren Ostens auszubauen. So ist eine größere Anzahl hoher britischer Beamter nach Damaskus beordert worden. In Beirut ist als Vertreter des englischen Außenministeriums ein gewisser Butler eingetroffen, ein namhafter englischer Sachverständiger für Fragen des arabischen Orients. Die Zeitung „Al Hadsch“ schreibt:

„Butlers Mission ist von tiefem Geheimnis umgeben. Trotzdem behaupten manche politische Beobachter, sie verfolge den Zweck, den britischen Einfluß in denjenigen Gebieten zu stärken, wo eine gefährliche Rivalität und Konkurrenz anderer Staaten zu beobachten ist. So z. B. haben britische Kreise nach der Invasion des ame-

rikanischen Dollars in der Türkei und in Griechenland und nach seiner angedrohten Invasion in Iran und den arabischen Ländern ernstlich zu befürchten begonnen, diese leckeren Bissen könnten ihren Händen völlig entgleiten.“

General Spears, früherer englischer Gesandter in Syrien und dem Libanon, der kürzlich von einer Reise durch die arabischen Länder zurückgekehrt ist, erinnert in „Daily Telegraph and Morning Post“ an die riesigen Erdölvorräte der Länder des Mittleren Ostens und schreibt:

„Der Mittlere Osten ist die große Brücke zwischen Orient und Okzident. Die Macht, die diese Brücke in ihren Händen hält, könnte die Welt nach ihrem Belieben in zwei Teile zerlegen.“

General Spears hat sich bekanntlich nicht wenig Mühe gegeben, um diese „Brücke“ unter britische Herrschaft zu bringen. Jetzt aber scheint der Mittlere Osten mit seinen Erdölreichtümern den englischen Händen zu entgleiten.

EIN KOMMERZIELLER HUMANIST

Der englische Buchverleger Victor Gollancz besaß schon vor dem Kriege in London den Ruf eines schlaunen Geschäftsmanns.

Um seiner Buchproduktion eine möglichst weitestverbreitung zu sichern, organisierte er den „Left Book Club“ (Klub des linken Buches) mit einem ganzen Netz von Filialen. Die Mitglieder dieser Klubs oder Zirkel wurden restlos vom Verlage Gollancz betreut — angefangen von ihrer Versorgung mit Literatur bis hinauf zur Veranstaltung von Vorträgen und Aussprachen über die literarischen Neuerscheinungen des Verlages. Auf diese Weise schlug der Verleger zwei Fliegen mit einer Klappe: er gewann den Ruf eines Linken und machte ein gutes Geschäft mit seinen Büchern.

Während des Krieges war Mister Gollancz ein ganz ausgesprochener Deutschenfresser. Kaum aber war der Krieg zu Ende, so schwenkte er plötzlich um 180 Grad um: er begann um Deutschland zu „bängen“ und als ein Advokat aller Deutschen ohne Ausnahme aufzutreten.

Nachdem er im vorigen Herbst der britischen Besatzungszone in Deutschland einen Besuch abgestattet hatte, veröffentlichte er 18 Artikel, in denen er zu „Humanität“ und „Barmherzigkeit“ gegenüber dem niedergeworfenen Feind aufforderte.

Vor kurzem hat Mister Gollancz ein Buch herausgegeben unter dem Titel „In Darkest Germany“ (Im finstersten Deutschland), in dessen Vorwort er schreibt:

„Ich fühle mich berufen, den leidenden Deutschen zu helfen.“

Der unvoreingenommene Leser stellt unwillkürlich die berechtigte Frage: weshalb gerade den Deutschen? Weshalb denkt Gollancz nicht an die Leiden der europäischen Völker, die der räuberischen Invasion der deutschen Faschisten zum Opfer gefallen sind? Mister Gollancz beantwortet diese Frage selbst:

„Das erste ist, daß nichts die Welt zu retten vermag als ein genereller Akt der Buße an Stelle des gegenwärtigen selbstgerechten Herumreitens auf der Verworfenheit der anderen; denn wir haben alle gesündigt und fahren fort, ganz schrecklich zu sündigen.“

Diese pharisäische Philosophie des Allverzeihens gegenüber dem Aggressor steht kraß in Widerspruch zu dem Kampf, den die demokratische Weltöffentlichkeit gegenwärtig für die Sache des Friedens und die Abwendung einer neuen Aggression führt. Der erfahrene Geschäftsmacher Mister Gollancz ignoriert beharrlich diese wichtigste Seite der Frage, nämlich die Notwendigkeit, die Überreste des Hitlerfaschismus auszurotten und einen konsequenten Kampf zu führen für die Demokratisierung Deutschlands. Uns

scheint, daß sich dies durchaus nicht aus den christlichen Überzeugungen des englischen Verlegers erklärt, sondern durch etwas merkantilere Erwägungen.

Gollancz' Buch ist nämlich in Deutschland weit hin bekanntgeworden. Die deutschen Zeitungen veröffentlichen recht lange Auszüge aus diesem Machwerk und Rezensionen darüber. Den Verfasser vergleichen sie mit — Emile Zola, dem Autor des berühmten Pamphlets „J'accuse“.

So also gewinnt Gollancz unentgeltlich den Ruhm und den Ruf eines „großherzigen Humanisten“, und gleichzeitig macht er wieder ein gutes Geschäft, indem er in Deutschland einen neuen Markt für seine Druckschriften schafft. Überdies wird sich auch in England Nachfrage finden für Gollancz' pharisäische Philosophie. Seine demagogische Propaganda arbeitet denjenigen englischen Kreisen in die Hände, die ihre eigennützigen ökonomischen Deutschlandpläne durch eine zur Schau getragene Sorge für die Interessen des deutschen Volkes verhüllen.

Ein Jahr in Polen

(Notizen einer Korrespondentin)

S. MARCHLEWSKA

Ein Morgen in Warschau

Am frühen Morgen weckte mich das ohrenbetäubende Rattern der Straßenbahn, die auf dem Platz der Lubliner Union (Plac Unji Lubelskiej) eine Schleife macht. Das Hupen der Autos, das Klingeln der Radfahrer und die Stimmen von Zeitungsjungen, die sich darin überboten, Schlagzeilen auszurufen, verschmolzen zu einem einheitlichen Brausen.

Das Haus, zu dessen Fenster ich hinauschaute, steht in einer kleinen Seitenstraße, der Bagatela, die vom Platz aus zum Belvederepalast führt, in dem der Präsident der Republik Polen, Boleslaw Bierut, wohnt und schafft.

In der Ferne, auf dem Mokotówsker Feld, einem großen unbebauten, von Unkraut überwucherten Gelände, zeigen sich die düsteren Umrisse des Mokotówsker Gefängnisses, in dem früher aktive Teilnehmer der Arbeiterbewegung schmachteten. Jetzt erwarten dort deutsche

faschistische Verbrecher den Prozeß und den Tod am Galgen.

Von dem Platz gehen in verschiedener Richtung sieben Straßen aus, darunter die Hauptverkehrsader Warschaus, die Marszałkowska.

Vor dem Kriege galt das Ende der Marszałkowska in der Nähe des Saskiplatzes als Zentrum Warschaus. Jetzt herrscht dort Totenstille, die Gegend ist öde und leer. Am entgegengesetzten Ende der Marszałkowska aber, rings um den Plac Unji Lubelskiej, entsteht ein neues Stadtzentrum.

Als ich an diesem ersten Morgen in Warschau das Erwachen der Hauptstadt Polens beobachtete, erkannte ich untrüglich, daß trotz aller Bemühungen der Naziokkupanten, die sie abtöten wollten, die Stadt doch lebt, von Lebenskraft strotzt.

Am 22. Juni 1946 wurde die wiederhergestellte Poniatowski-Brücke, die das am rechten Weichselufer gelegene Praga mit dem am linken Ufer

liegenden Teil der Hauptstadt verbindet, feierlich eingeweiht.

Schon morgens nahmen wir unsere Tribünenplätze an der Auffahrt zur neuen Brücke ein. Die Demonstration begann. An uns vorbei marschierten Arbeiter, Bauern, Jugendliche in malerischen Nationaltrachten, die aus diesem festlichen Anlaß eingetroffen waren.

Beim Anblick dieser hunderte Burschen und Mädchen, die mit Gesang über die neue Brücke marschierten, gedachte ich eines windigen Morgens im Jahre 1944. Einen Tag vorher war Praga von der Sowjetarmee und den polnischen Truppen befreit worden. Ich war mit zwei Korrespondenten des Polnischen Komitees der nationalen Befreiung aus Lublin nach Praga gereist, um die im Rauch der Brandstätten am linken Weichselufer liegende polnische Hauptstadt zu betrachten. Wir suchten zu erraten, wo die Deutschen und wo die nachts übergesetzten Truppenteile der polnischen Armee stehen. Das breite, gräublaue Band der Weichsel schien damals ein unüberwindliches Hindernis. Die Brücken waren gesprengt.

In jenen Tagen schien es, als kauere Praga geduckt da. Die Stadt wurde beschossen. Ihre Einwohner überquerten die Straßen gebückt und im Laufschrift. Eine Frau, der unser Fahrer eben erst geholfen hatte, einen Sack Kohlen auf den Rücken zu heben, lag in einer Blutlache tot auf dem Pflaster.

Jetzt vereinen zwei Brücken die beiden Weichselufer. Die eine ist eine niedrige Pontonbrücke. Sie wurde innerhalb von 11 Tagen im feindlichen Kugelregen von Sowjetpionieren erbaut. Bis auf den heutigen Tag leistet sie den Warschauern gute Dienste. Nur der Holzbelag mußte im Frühjahr 1946 erneuert werden.

Die neue Poniatowski-Brücke ist ein herrliches Bauwerk. Sie ist 506 Meter lang und 21 Meter breit. Ihre Stahlkonstruktionen wiegen 2500 Tonnen. Sie sind in polnischen Werken hergestellt. Die Einweihung der Brücke wurde von der polnischen Presse als Erfolg der einheimischen Industrie vermerkt.

Mein Blick ruht auf den zierlichen Konturen der Brücke, und ich erinnere mich der Tage, als im Kugelregen ihre ältere Schwester, die einfache und doch so stabile Pontonbrücke, entstand...

Haus Nummer 23

Vor meiner Abreise aus Moskau holte ich ein Päckchen vergilbter Briefe aus meinem Schreibtisch und schrieb Straße und Hausnummer der einstigen Wohnung meiner Großmutter ins Notizbuch. Ich war seit über dreißig Jahren

nicht mehr in Warschau gewesen. Großmutter ist längst tot. Die Erinnerungen an das große graue Haus, an den Hof, auf dem ich mit den Kindern spielte, sind aber noch heute in mir lebendig. Deshalb machte ich mich gleich nach meiner Ankunft auf, um das Haus zu suchen.

Aus der Marszałkowska bog die Straßenbahn links in die Altstadt ein. Mich überließ es plötzlich eiskalt, obwohl die Frühlingssonne warm durch das Straßenbahnfenster schien. Ich hatte gewußt, daß Warschau eingeäschert ist, das Bild der Zerstörung, das sich mir jetzt darbot, machte jedoch einen grauenhaften Eindruck. Aus den Trümmern aufgeschlitzter Häuserrümpfe ragten verbogene Eisenträger, von den verkohlten Fassaden hing Gitterwerk herab, aus eingestürzten Betondecken starrten wirre Armaturen hervor. Ganz hoch oben, unter dem blauen Himmel, hing in einer Ecke, zwischen einem schwarzen Schornstein und den Überresten einer Wand, ein grüner Kachelofen, daneben eine zwischen eingestürzten Zimmerdecken eingeklemmte weiße Badewanne. Diese Überreste einstiger menschlicher Behausung wirkten besonders unheimlich. Ich mußte den Blick abwenden. Aber durch das gegenüberliegende Fenster starrten mir ebensolche Ruinen und verbogene Eisenträger entgegen. Die Straßenbahn fuhr über ein Trümmerfeld. Ich schloß die Augen.

„Sie sind wohl noch nicht lange hier?“ fragte leise meine Banknachbarin. „Ich habe auch geweint, als ich das zum erstenmal sah. Jetzt habe ich mich schon daran gewöhnt. Sie werden sich auch gewöhnen...“

„Sollte man das wirklich können?“

Ich steige aus. Hier in der Nähe muß die gesuchte Straße sein. Da ist sie auch schon. Ich bleibe stehen. An ein Durchkommen ist nicht zu denken, das Pflaster liegt voller Trümmer. Ich möchte aber unbedingt Haus 23 finden. Vorsichtig klettere ich über Steine und nähere mich einem einsam zwischen den Ruinen aufragenden Hauseingang. Er trägt die Nummer 21. Also muß Haus 23 nebenan sein. Vor mir aber erhebt sich ein hoher Geröllhügel...

Im Hochsommer wurde es auf dem öden Mokotowski Felde plötzlich lebendig. Innerhalb weniger Tage entstand hier aus 1200 großen Zelten eine Stadt. Der „Kampfbund der Jugend“ rüstete zum Empfang von 40 000 Gästen, die zum ersten Treffen der demokratischen Jugendorganisationen Polens erwartet wurden. Die Jugendbrigaden hatten keine leichte Aufgabe zu bewältigen. Der Boden mußte festgewalzt, elektrische Leitungen und Wasserrohre mußten gelegt, für Tausende von Menschen wenigstens primitive Waschgelegenheiten geschaffen und Abflußgräben

gegraben werden. Tag und Nacht wurde mit Vollampf gearbeitet.

Das Treffen stand im Zeichen der Parole: „Bauen wir ein neues Haus — ein Polen des Volkes!“ Die Reihen der polnischen Jugend sollten fester geschlossen, sie sollten für den Wiederaufbau des Landes mobilisiert werden. In seiner Botschaft an das Treffen schrieb Präsident Bierut:

„Wir älteren Leute setzen unsere ganzen Hoffnungen auf Euch, die Jugend Polens. In Euch sehen wir die wahren Baumeister des herrlichen Gebäudes, dessen Fundament wir in den Tagen des Kampfes und der Leiden gemeinsam gelegt haben, in den Tagen, als das kostbare Blut derjenigen in Strömen floß, die ihr Leben hingegeben haben, damit das polnische Volk auferstehe.“

Auf dem Treffen hat die Jugend Polens ihr politisches und organisatorisches Examen mit Glanz bestanden.

Die Universität und die Betriebe Wroclaws

In den Ruinen Wroclaws haussen etwa 250 000 Einwohner. Sachverständige schätzen den Umfang der in dieser Stadt angerichteten Zerstörungen auf 75 Prozent. Also sind 25 Prozent unversehrt geblieben. Führt man aber die breiten Straßen entlang, in deren Mitte sich klägliche Überreste von Grünanlagen hinziehen, so glaubt man kaum an diese 25 Prozent. Die Ruinen sind auch jetzt, Anfang 1947, noch zu zahlreich. Von allen Seiten starren einen leere Fensterhöhlen und einsame, gespenstische Fassaden an, die Häuser selbst sind verschwunden.

In Wroclaw gibt es eine Universität und einige wissenschaftliche Institute. Gleich nach Beendigung der Kriegshandlungen trafen Wissenschaftler in der Stadt ein und leiteten die Bergung kultureller Werte in die Wege. Auf diese Weise ist es gelungen, zahlreiche Bibliotheken und Archive zu retten.

Besonders fällt in Wroclaw ins Auge, wie rasch das polnische Volk aufbaut. Schon im Mai d. J. waren in der Stadt Hunderte von Fabriken in Betrieb.

Die größte Fabrik sind die Waggonbauwerke. Es läßt sich denken, welche Bedeutung ihre Inbetriebsetzung für Polen hat, dessen Eisenbahnen von den deutschen Okkupanten ruiniert sind.

Trotz der energischen Maßnahmen der Ortsbehörden, die Truppenteile der polnischen Armee zur Säuberung der Stadt mobilisierten, zeigen sich noch überall Spuren der schweren Kämpfe.

Der Kampf um Wroclaw ist eine der letzten Etappen in der Geschichte der Befreiung Europas vom Hitlergreuel.

Der faschistische Gauleiter Heinicke schrie in den letzten Tagen seines hiesigen Aufenthaltes

hysterisch in den Sender: „Keinen Schritt zurück, laßt die Sowjets nicht herein, mobilisiert alle Reserven für die Abwehr!“

Dieses Geschrei ging im Donner der Sowjetgeschütze unter, die die Hitlertruppen aufrieben.

Möge es nicht befremden, wenn mir in diesem Zusammenhang der in einer Sondernummer der Zeitschrift „Zycie słowiańskie“ erschienene Artikel des polnischen Akademiemitglieds Stanisław Kulczynski über die polnischen Westgebiete einfällt. In dem Teil, in dem er auf die Bedeutung der Universität und des polytechnischen Instituts von Wroclaw hinweist, sucht er den Menschen im neuen Polen einzupfropfen:

„Ihr habt die Pflicht, eure Zivilisation und Kultur im Kontakt mit den westlichen Ländern fortzuentwickeln und dabei das westeuropäische Niveau im Auge zu haben ...

Mit den Westgebieten gewinnt Polen seine ihm von Natur aus zukommende Stellung in Mitteleuropa. Die Ausdehnung in westlicher Richtung bringt es Westeuropa und der westeuropäischen Kultur näher.“

Akademiemitglied Kulczynski ist ein Lokalpatriot Wroclaws. Er hofft, es bald zu einem der größten Kulturzentren Polens zu machen. Akademiemitglied Kulczynski sollte auch einmal einen Blick auf den Friedhof der Helden der Sowjetarmee an den Toren Wroclaws werfen.

Rings um das großartige Denkmal der Sowjetkrieger stehen symbolische steinerne Geschütze. Sie hüten die Ruhe derjenigen, die für den Frieden und die Demokratie ihr Leben gelassen haben. Diese Menschen kamen von Osten. Sie waren es, die geholfen haben, die Grenze Polens dem Westen näher zu rücken. Steht es einem polnischen Akademiemitglied wie Kulczynski an, seinen Westpleen so besonders hervorzukehren? Das polnische Volk hat nicht vergessen, und es kann auch nicht vergessen, welche Katastrophe infolge der „westlichen Orientierung“ seiner früheren Herrscher über Polen hereingebrochen ist. Ein beredtes Zeugnis hierfür sind die Ruinen von Warschau und Wroclaw....

Die junge Generation

Ich erinnere mich eines schwülen Augusttages. In unserem Hause ging alles drunter und drüber. Irenka Tolińska, ein polnisches Mädchen, das trotz ihrer Jugend (sie war erst 17 Jahre alt) mit großem Geschick unseren ziemlich komplizierten Haushalt führte, war spurlos verschwunden. Tage vergingen. Von Irenka kam keine Nachricht. Ihre Mutter war der Verzweiflung nahe. Irenka war außer ihr als einzige von der großen Familie übriggeblieben. Den Mann hatten die Nazis nach Deutschland verschleppt, er schrieb nicht. Beide Söhne, der dreizehnjährige

Janek und der vierzehnjährige Wladek, waren während des Warschauer Aufstandes von 1944 umgekommen.

„Kann sich irgend jemand vorstellen, was sich damals abgespielt hat?“ fragte die alte Frau Tolińska, ihren Erinnerungen nachhängend. „Kinder, zehnjährige Jungen, warfen sich mit selbstverfertigten Handgranaten SS-Panzern entgegen. Wie viele von diesen kleinen Warschauer Draufgängern umgekommen sind! Daß Irenka und ich noch leben, ist nur ein glücklicher Zufall. Was haben wir damals nicht alles durchgemacht! Stellen Sie sich vor: ein Deutscher klopft an unsere Tür. Wir öffnen. Er schreit: 'Alle in den Bombenunterstand, hier wird geschossen!' und zerrt ein Maschinengewehr durchs Zimmer ans Fenster. Wir liefen hinaus... Im Unterstand war es zum Bersten voll. Mit Mühe und Not drängten Irenka und ich uns hinein und blieben dicht an der halboffenen Tür stehen. Plötzlich sehe ich, wie derselbe Hitlerfaschist, diese gemeine Bestie, gelaufen kommt und erst eine, dann noch eine Handgranate in unseren Unterstand schleudert... Was sich dort getan hat! Am Leben geblieben sind nur ich, Irenka und noch zwei Kinder. Die übrigen... es war nicht festzustellen, wie die herumliegenden blutigen Gliedmaßen zusammengehörten...“

Irenka war damals fünfzehn Jahre alt. Sie kämpfte auf den Barrikaden des brennenden, verblutenden Warschaus, floh dann durch die Kanalisationsröhren aus der Stadt, um später gemeinsam mit den polnischen Truppen zurückzukehren. Sie war noch ein halbes Kind, brach aber nicht zusammen, verlor nicht ihr seelisches Gleichgewicht. Flink, behende und lustig arbeitete sie viel und gern. Plötzlich aber war sie verschwunden, ohne irgend jemand ein Wort zu sagen...

Erst zwei Wochen später kam ein Brief: „Seid nicht böse! Ich habe geheiratet. Kommt zu uns, hier ist es so schön!“ Adresse: „Insel Wollin, Neuendorf.“

Den Sonntag darauf fuhren wir nach Szczecin, um uns in den Westgebieten umzusehen.

• • •

Unser Kraftwagen durchquerte endlose Felder. Der Sommer ging seinem Ende entgegen, die Erntearbeit war in vollem Gange. Auf den Feldern arbeiteten überall Seite an Seite mit alten Bauern junge polnische Soldaten, die mit aufgekrepelten Ärmeln und weitausholenden Bewegungen Roggen mähten und Garben banden. Mit lustigen Rufen feuerten sie die Pferde an und

balancierten auf den hoch mit Roggengarben beladenen Fuhren.

Den Organisatoren der Erntekampagne alle Ehre! Auch der letzte Fußbreit polnischen Ackerlands wurde abgeerntet.

In Szczecin ließen wir den Wagen zurück und fuhren auf einem kleinen Kutter nach der Insel Wollin. Blau glänzte das Meer. Die lautlos ans Ufer schlagenden Wellen ließen auf dem goldenen warmen Sand Unmengen kleiner Muscheln und in Wasserpflanzen verstrickte sonnengelbe Bernsteinstückchen zurück. Blondhaarige Kinder sammelten sie, mit bloßen Füßen in den stillen Meereswellen plätschernd. Das von grünen Obstgärten umgebene Dörfchen strahlte Frieden und Schaffensfreude aus, als habe die grausame Walze des Krieges dieses Fleckchen Erde unberührt gelassen.

Wir trafen Irenka beim Ausbreiten von Fischernetzen. Als sie uns erblickte, kam sie so stürmisch angelaufen, daß sie uns beinahe umgerissen hätte.

Ein frisch geweißtes Häuschen, darin als einziges Mobiliar ein Bett, ein Schrank, ein Tisch und ein paar Stühle.

„Und wo ist dein Mann?“ fragte ich.

„Staszek? Er ist in unsere Genossenschaft gegangen und kommt bald wieder.“

„Was für eine Genossenschaft?“

„Unsere Vereinigung hat doch eine Genossenschaft gegründet, sie heißt 'Ostseefisch'...“

Irenkas Mann war ein demobilisierter polnischer Soldat. Als er erfuhr, daß die Gesellschaft der Freunde der Soldaten (Towarzystwo Przyjaciół Żołnierza) demobilisierte Kämpfer an der Ostseeküste ansiedelt, schlug der junge Mann Irenka vor, ein neues Leben zu beginnen. Da er fürchtete, die einsame Mutter würde dagegen sein, überredete er das Mädchen zur Flucht.

Begeistert erzählt der junge Fischer von seinem Ergehen, von der Arbeit in den Fischereigenossenschaften. Die polnischen Fischer hatten drei Fischverarbeitungsfabriken vor der Verschleppung bzw. Vernichtung bewahrt. Mit vereinten Kräften gingen Seeleute, Fischer und Handelsangestellte daran, den Fischfang aufzuziehen. Eine Genossenschaft nach der anderen entstand, „Albatros“, „Lachs“, „Seefisch“. Im Frühjahr 1946 wurde die erste Fischräucherei und Konservenfabrik in Betrieb gesetzt. Bald aber stieß man hier auf ein Hindernis, das in Polen die Arbeit auch auf vielen anderen Gebieten hemmt, nämlich auf den Mangel an Arbeitskräften. Schnelligst wurden mit Hilfe erfahrener alter Fischer Kurse für die

Jugend veranstaltet. Das Ergebnis war, daß der Fang in den letzten Monaten eine bedeutend reichere Ausbeute brachte.

Wir verließen die Insel am nächsten Tag. Dieses Zusammentreffen mit der Jugend, die sich ihr

Leben aufbaut, zeigte uns, daß die junge Generation des neuerstehenden Polens, trotz aller Leiden sich einen unversieglischen Lebensdurst, eine Freude am schöpferischen Schaffen bewahrt hat.

GEGEN FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN

Den Nagel auf den Kopf getroffen

Der in unserer Zeitschrift (Jahrgang 1947, Nr. 11 und 12) veröffentlichte Artikel von A. Leonidow „Was steckt hinter den Plänen der Aufteilung Deutschlands?“ hat im Ausland lebhaften Widerhall gefunden. Nach einigen dieser Pressestimmen zu urteilen, hat der Artikel den Anhängern der Aufteilung Deutschlands kein besonderes Vergnügen bereitet.

In dem Artikel wurde erwähnt, daß die reaktionären englischen Zeitungen „Daily Telegraph and Morning Post“, „Sunday Times“ und „Financial Times“ an der Spitze der Kampagne für die Zerstückelung Deutschlands marschieren. Die Stellungnahme dieser Blätter ist kein Zufall, da ihre Besitzer, die Gebrüder Berry, mit den englischen Monopolkreisen verbunden sind, die nach der Beherrschung des Ruhrgebiets trachten.

Am 2. April brachte „Daily Telegraph and Morning Post“ eine Antwort auf unseren Artikel. Herbert Ashley, der Verfasser dieser Antwort, führt keine sachlichen Beweise gegen die in unserem Artikel erwähnten Tatsachen ins Feld. Er meint ganz einfach, sie seien „nichts anderes als Propaganda“, und läßt statt Argumenten eine derartig grobe und vulgäre Schimpftirade vom Stapel, daß es sich nicht lohnt, sie hier wiederzugeben.

Unser Artikel hat die Inhaber der Zeitung offenbar derart aus dem Häuschen gebracht, daß sie jede Überlegung verloren haben. So etwas passiert gewöhnlich, wenn irgendwo der Nagel auf den Kopf getroffen wird.

Aus den wenigen vernünftigen Worten des Artikels von Ashley geht hervor, daß „Daily Telegraph and Morning Post“ keineswegs leugnet, die Aufteilungspläne in bezug auf Deutschland tatsächlich zu unterstützen. Im Gegenteil, das Blatt verdammt alle in Grund und Boden, die behaupten, Deutschland müsse ein einheitlicher Staat bleiben. Ashley versucht sogar nachzuweisen, daß das deutsche Volk nur davon träume, sein Land möglichst bald in kleine Teile zerstück-

kelt zu sehen. Als Beweis findet er ein einziges Argument:

„In Süd- und Westdeutschland werden viele Proteststimmen dagegen laut, daß Berlin auch in Zukunft wieder die Hauptstadt des geeinten Reiches werden soll.“

Dieses Argument hat weder Hand noch Fuß. Erstens wird hier die Frage der Einheit oder Aufteilung Deutschlands gegen die Frage der Hauptstadt vertauscht. Zweitens denkt das deutsche Volk gar nicht daran, dagegen zu protestieren, daß Berlin die Hauptstadt bleibt. Ashley weiß das selbst sehr gut, sonst würde er nicht versuchen, die Erklärung Adenauers, des reaktionären Führers der rheinländischen christlichen Demokraten und Anhängers des „Föderalisierungsplans“ für Deutschland, als die Meinung des Volkes hinzustellen.

Was die Einholung der Meinung des deutschen Volkes über Deutschlands künftige staatliche Gestaltung betrifft, so ist bekannt, daß die Vertreter Englands im Außenministerrat gegen eine Volksabstimmung über diese Frage aufgetreten sind. Offensichtlich hatten sie allen Grund anzunehmen, daß das Ergebnis einer solchen Volksabstimmung nicht zugunsten der Anhänger der Zerstückelung Deutschlands ausfallen würde.

„Daily Telegraph and Morning Post“ vertritt die Interessen der englischen Geschäftsleute, die sich von der Zerstückelung Deutschlands Profite versprechen. Am Schluß des Artikels gibt die englische Zeitung der Hoffnung Ausdruck, daß „England und Amerika sich selbst treu bleiben“ und nicht den Weg beschreiten werden, der zu einer koordinierten Beschlußfassung im Außenministerrat führt. Mit anderen Worten, die Zeitung fordert im Namen ihrer Auftraggeber — der Birminghamer Monopolherren — zur Sprengung der internationalen Zusammenarbeit auf. Damit unterstreicht sie ein übriges Mal, wer an der Abkehr von der einheitlichen Politik der Verbündeten in der deutschen Frage interessiert ist.

KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE

Einige Geheimnisse der amerikanischen Justiz

N. SERGEJEWA

VOR DEM KRIEGE und auch während des Krieges wurde in den USA eine Unmasse Hitlerscher Propagandaschriften per Post in alle Teile des Landes versandt. An manche Adressen gingen die Schriften gleich in größeren Sendungen zur weiteren Verbreitung ab.

Versandt wurde Material für Vorträge, ferner Agitationsschriften, Broschüren, Bücher, Zeitschriften und Zeitungen. Es gab da religiöse Traktätchen zur Rettung der Seelen, Resolutionen und Aufrufe verschiedener politischer, sportlicher und religiöser Organisationen, die Reden von Senatoren. Ihr Sinn war bei all ihrer Mannigfaltigkeit ein und derselbe: sie propagierten die faschistische Ideologie, den Rassenhaß und den Chauvinismus, sie agitierten gegen die Demokratie und ihre Prinzipien.

Vor 1941 wurde gegen den Krieg mit Hitlerdeutschland geeifert, nach dem Eintritt der USA in den Krieg für den Frieden mit den Hitlerfaschisten und gegen die Verbündeten. Nach Kriegsende plädierte man für Milde gegen den besiegten Feind, agitierte gegen die internationale Zusammenarbeit der vereinten Nationen und selbstredend auch gegen die Sowjetunion. Zu allen Zeiten aber richtete sich diese Agitation gegen die „Roten“, worunter man alle Anhänger der Demokratie, alle Gegner des Faschismus, alle progressiven Menschen, bis hinauf zum Präsidenten Roosevelt, verstand.

Die Öffentlichkeit der USA war äußerst erregt, als während des Krieges entdeckt wurde, daß die Verbreitung derartiger Schriften von deutschen Agenten ausging.

Schon im Frühjahr 1941 stellte das Justizdepartement der USA in persönlichem Auftrag Roosevelts eine Untersuchung darüber an, von wem und auf welche Weise diese Unmengen hitlerfreundlicher Literatur in den USA zum Versand gebracht wurden. Es wurde eine Federal Grand Jury eingesetzt, die beauftragt wurde, den Fall zu untersuchen und die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Die Feststellungen leitete der bekannte amerikanische Jurist William Power Maloney, Generalstaatsanwalt (Justizminister)

Francis Biddle bestimmte ihn zu seinem Spezialgehilfen für die Untersuchung der ausländischen Propaganda in den USA.

Vom 12. September 1941 bis zum 3. Januar 1944 lud dies Geschworenengericht, das während dieser Zeit dreimal neu besetzt wurde, mehrere hundert Personen vor und verhörte sie. Die Akten der Voruntersuchung umfassen zirka 10 000 Seiten, sie enthalten unter anderem die Aussagen von Personen und Organisationen, die in Verbindung mit Hitlerdeutschland und Japan gestanden haben.

Das war während des Krieges. Die Öffentlichkeit war entschieden gegen diejenigen eingestellt, die den faschistischen Aggressoren halfen. In dieser Situation gelang es Maloney, die Fäden einer weitverzweigten Organisation aufzudecken, die in den USA faschistische Propaganda betrieb. Schließlich wurde dreißig Personen der Prozeß gemacht unter der Anklage, sich mit der deutschen Regierung verschworen zu haben, um, wie es in der Anklageschrift hieß, die Moral der USA-Streitkräfte zu erschüttern. Der Prozeß begann, wurde aber unterbrochen und nicht wieder aufgenommen.

Immerhin wurden im Laufe der Voruntersuchung die Akten einiger Personen ausgesondert und dem Gericht übergeben. Ein gewisser Frank B. Burch, ein Winkeladvokat aus Ohio, wurde zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er sich nicht als deutscher Agent gemeldet hatte. Der registrierte deutsche Agent George Sylvester Viereck wurde zu einigen Monaten Haft verurteilt, da er über seine Tätigkeit in den USA keine erschöpfenden Aussagen gemacht hatte. Zwei Jahre Gefängnis erhielt George Hill, der Sekretär des Kongreßmitglieds Hamilton Fish, der an der deutschen Propaganda beteiligt gewesen war. Als nichtregistrierte Agenten der japanischen Regierung wurden Ralph Townsend, Schriftleiter der japanfreundlichen Zeitschrift „Scribner's Commentator“, und fünf seiner Mitarbeiter verhaftet und verurteilt. Diese Verurteilten waren jedoch von zweitrangiger Bedeutung. Der Prozeß als

solcher wurde abgebrochen und die Sache vertuscht. Die Personen und Organisationen, die sich in den USA mit Hitlerpropaganda befaßt hatten, sind jedoch nach wie vor am Werke.

Die unsichtbaren aber mächtigen Gönner der faschistischen Agenten glaubten offenbar, die entdeckten Verbrechen würden im Taumel des Sieges über den Faschismus untergehen und in Vergessenheit geraten. In demokratischen Kreisen der USA haben sich jedoch Leute gefunden, die einsahen, wie gefährlich es ist, antidemokratische Wühlarbeit unbestraft zu lassen. Sie bemühen sich jetzt, die Öffentlichkeit auf die in Vergessenheit geratene Frage der faschistischen Propaganda in den USA aufmerksam zu machen.

Während des Krieges stellte ein amerikanischer Geschäftsmann, der Reklamefachmann Henry Hoke, fest, daß Agenten der feindlichen Länder die Post der USA für die Verbreitung ihrer Propaganda ausnutzen. Auf eigenes Risiko unternahm Hoke eine Untersuchung und veröffentlichte 1944 das Buch „Black Mail“, in dem er haarsträubende Tatsachen über diese Frage berichtet. Das Buch erregte großes Aufsehen. Hoke setzte seine Arbeit fort und suchte festzustellen, wozu die während des Krieges in Roosevelts Auftrag begonnene Voruntersuchung gegen die faschistischen Organisationen und die Hitlerpropaganda in den USA geführt hatte. In einem neuen Buch, „Das ist ein Geheimnis“, gab er 1946 das Resultat seiner Ermittlungen bekannt.

Er hatte festgestellt, daß alle Zeugenaussagen, alle Akten der Voruntersuchung Maloneys über die Tätigkeit der Hitleragentur in den USA für streng geheim erklärt worden waren. Es bedurfte der außerordentlichen Energie und des Talents eines freiwilligen Detektivs, um das herauszubekommen, was Hoke zutage gefördert hat. Er entdeckte einige der absichtlich verwischten Spuren, fand auch zahlreiche freiwillige Helfer, angefangen von prominenten Intellektuellen und Politikern bis zu Stenotypistinnen und Sekretären in den Kanzleien einzelner Senatoren, die ihm gestatteten, die Papierkörbe zu durchsuchen, in die die Umschläge der faschistischen Flugblätter geworfen wurden. Das Ergebnis war, daß Hoke nicht wenige Geheimnisse lüftete. So entdeckte er z. B., daß die demokratischen Freiheiten der USA weitgehend zu Zwecken ausgenutzt werden, die den demokratischen Prinzipien kraß zuwiderlaufen, und daß dies alles streng geheimgehalten wird. Aber alle Geheimnisse kommen ja schließlich doch einmal ans Tageslicht.

* „It's A Secret“ by Henry Hoke, Reynal & Hitchcock, New York 1946.

Die Voruntersuchung Maloneys deckte viel Ungeheuerliches über die Betätigung der Hitleragentur in den USA auf.

So hielten einige Mitglieder des Senats und des Repräsentantenhauses während des Krieges im Kongreß faschistenfreundliche Reden, die darauf gerichtet waren, die militärischen Maßnahmen der USA zu vereiteln und die Verbündeten, die den Krieg gegen Hitlerdeutschland gemeinsam mit den USA führten, zu diskreditieren. Diese Reden wurden in den offiziellen Kongreßberichten abgedruckt. Die Hitleragenten ließen sie vervielfältigen und verbreiteten sie im ganzen Lande. Um das Porto zu sparen, versandten sie diese wie auch viele andere ähnliche Schriften in Umschlägen mit Dienstiempeln von Mitgliedern des Repräsentantenhauses oder des Senats, die ihre Post unfrankiert versenden.

Alle diese Machenschaften wurden im März 1943 auf dem Prozeß gegen den Hitleragenten Viereck aufgedeckt. Das war einer der wenigen von Maloney anhängig gemachten Prozesse, die bis zur Gerichtsverhandlung gediehen.

Vor Gericht wurde nur ein verschwindender Teil von Vierecks Betätigung bloßgestellt, aber auch dieser reichte aus, um einen Begriff von den Maßstäben der in den USA namentlich während des Krieges betriebenen faschistischen Wühlarbeit zu vermitteln. Es wurde festgestellt, daß Viereck im Auftrag der Hitlerregierung tätig war und in den USA faschistische Propagandaschriften in Massen verbreitete. Er besaß in Washington gute Beziehungen. Ihm half dort Prescott Dennett, ein recht bekannter Gründer isolationistischer Komitees unter den marktschreierischen Losungen: „Zwingen wir Europa, die Kriegsschulden zu bezahlen“ und „Inseln für Kriegsschulden“.

Mit Dennetts Hilfe knüpfte Viereck Beziehungen zu den Kongreßabgeordneten an, deren Sympathien für den Faschismus bekannt waren und deren Reden er verbreitete. Das Dienstkabinett Senator Lundeen (der später bei einem Flugzeugunglück umkam) diente Viereck als unoffizielles Washingtoner Stabsquartier. Dieser Hitleragent arbeitete Reden für Lundeen aus, die in den Kongreßberichten abgedruckt, dann in der Druckerei des Kongresses vervielfältigt und kostenlos an Tausende von Adressen als — amtliches Material versandt wurden! Vom Kabinett Lundeens aus führte Viereck Telefongespräche über den Abdruck und Versand seiner Schriften.

Auch zu Hamilton Fish, einem anderen reaktionären Kongreßmitglied, der als Isolationist bekannt war und übrigens ebenfalls vor kurzem starb, stand Viereck in enger Beziehung. Figurie-

ren nicht gerade deshalb die Namen Lundeen und Fish in der Presse, weil diese beiden nicht mehr am Leben sind? Man hat allen Anlaß zu der Annahme, daß Vierecks Washingtoner Verbindungen sich nicht auf diese zwei führenden Isolationisten beschränkt haben.

Fish ist der Begründer des sogenannten Nationalen Komitees „Halten wir Amerika von fremden Kriegen fern“. Im Jahre 1939 reiste er nach Deutschland und bemühte sich darauf, den Wirkungsbereich dieses Komitees auszudehnen. Hoke weist darauf hin, daß Fish zweifellos auch mit der japanischen Agentur in Verbindung gestanden hat. Jedenfalls habe er, wie auch einige andere Isolationisten, eine recht intensive Propaganda gegen die Kriegsmaßnahmen im Pazifikraum betrieben und die Öffentlichkeit zu überzeugen versucht, daß den USA von Japan keinerlei Gefahr drohe. Hoke schreibt:

„Mir scheint, jede Untersuchung der Katastrophe von Pearl Harbour sollte viel weiter zurückgreifen als bis zum 7. Dezember 1941. Die Japaner haben sich schon viel früher vorbereitet und auch diejenigen, die kämpften, um uns unvorbereitet zu lassen, haben viel früher begonnen. Einige wirklich empörende Feststellungen liegen in den Aktenschränken der Washington Grand Jury begraben. Diejenigen, die den Fall Pearl Harbour untersuchen, täten gut daran, sie auszugraben. Kongreßmitglieder, die dem Komitee „Amerika geht vor“ angehören, wie z. B. Nye, Fish, Wheeler, Rush Holt und Stephen Day, könnten selbst einige interessante Informationen liefern.“ (S. 218.)

George Hill, der Sekretär Hamilton Fishs, erhielt von Viereck in seinen Diensträumen Geld und Instruktionen. Faktisch arbeitete er unter dessen Leitung.

Dies alles wurde vor Gericht klargestellt. Die reinste Idylle!

„Viereck selbst oder andere von ihm beauftragte Personen verfaßten Propagandaschriften, die er in die Kongreßberichte eingefügt haben wollte. Gewöhnlich händigte er das Manuskript Prescott Dennett ein, der es wiederum George Hill übergab. Hill verabredete mit befreundeten Sekretären gewisser Kongreßmitglieder die Einfügung dieses Materials in die Kongreßberichte.

Viereck schrieb in manchen Phasen des Programms die Reden in Wirklichkeit selbst und übergab sie persönlich den betreffenden Kongreßmitgliedern.

Nachdem das prodeutsche Material in die Kongreßberichte aufgenommen worden war, brachte Hill bei Dennett oder Viereck in Erfahrung, wieviel Kopien die verschiedenen Hilfsorganisationen im ganzen Lande benötigen. Dennett oder Viereck gaben ihm Geld, und er bestellte die Kopien aus dem Büro für Kongreßberichte im Kapitgebäude... und bezahlte sie bar.

Hill vereinbarte dann mit der Regierungsdruckerei oder mit dem Parlamentspostamt, daß die Ballen abgeschickt wurden, oder daß sich, falls sie in Washington zu bestellen waren, Hill oder Dennett um den Versand kümmern sollten.“ (S. 43/44.)

Weiterhin wurde festgestellt, daß die Hitlerpropaganda nicht nur durch rein deutsche Agen-

turen und Organisationen in den USA wie die deutsche Informationsbibliothek oder die Telegraphenagentur Transocean News Service verbreitet wurde. Viereck arbeitete auch im Kontakt mit vielen amerikanischen Gruppen, Organisationen und Komitees. Manche von ihnen wurden mit seinem Dazutun gegründet, andere von ihm finanziert.

In den Protokollen der von Maloney geleiteten Voruntersuchung sind 26 Organisationen erwähnt, durch die die faschistische Propaganda verbreitet wurde. Hierzu gehören: 1. das Komitee „Amerika geht vor“, 2. das Komitee Fishs „Halten wir Amerika von fremden Kriegen fern“, 3. das (von Viereck gegründete) Komitee „Zwingen wir Europa, die Kriegsschulden zu bezahlen“, 4. die Koalition patriotischer Vereine, 5. die „Kreuzfahrenden Mütter Amerikas“, 6. das Komitee „Keinerlei Koalitionen für fremde Kriege“, 7. die „Konstitutionelle Erziehungsliga“, 8. die Organisation „Wir vereinigten Mütter“, 9. die Organisation „Wir Mütter mobilisieren uns für Amerika“.

Welcher Art Organisationen unter den Fittichen der amerikanischen Demokratie blühen und gedeihen, zeigt folgendes Beispiel: das Komitee Hamilton Fishs wurde von einer Firma, mit dem phantastischen Namen „Romanoff Caviar Company of New York“ finanziert. Diese „Caviar Company“ war eine Zentrale, von der aus Hitlerpropaganda verbreitet wurde. Sie spezialisierte sich vor allem auf Schriften, die gegen die Juden und gegen Roosevelt hetzten. Bekanntlich haben gerade während des Krieges Roosevelts Gegner gezetert, seine Handlungsweise werde durch irgendwelche geheimnisvollen jüdischen Mächenschaften bestimmt. Die Verbreitung dieser Lügen besorgte die „Caviar Company“.

Die Obermacher dieser Firma waren Hansen Sturm und Karl Maak, der frühere Vertreter von Papens in den USA, die in enger Beziehung zur deutschen Botschaft standen. Die „Caviar Company“ stiftete unter anderem Geld für das bekannte faschistische Komitee „Amerika geht vor“.

Organisationen mit harmlosen patriotischen Namen wie die erwähnten „Müttervereine“ betrieben während des Krieges unter den amerikanischen Frauen die rücksichtsloseste Propaganda mit dem direkten Ziel, die Bevölkerung zu demoralisieren, sie zu entmutigen und Zersetzung in ihre Reihen hineinzutragen. Hinter dieser Art Betätigung standen die Agenten des Feindes, und hinter diesen wiederum einflußreiche Führer des reaktionären Lagers. Wer weiß nicht, daß namhafteste Isolationisten, Bankiers und Industrielle mit dem Komitee „Amerika geht vor“

liert waren? Hoke nennt die Kongreßmitglieder Burton H. Wheeler, Gerald Nye, Rush Holt, Stephen Day, Hamilton Fish, den Automobilkönig Ford, den ehemaligen Flieger Charles Lindbergh, der Faschist ist und sich der Clique der Millionäre angeschlossen hat, und andere.

Die von Maloney geleitete Voruntersuchung rührte einen solchen Pöhl auf, sie legte solche Fäden bloß, daß die Angelegenheit sich für einige einflußreiche politische Geschäftemacher in Washington und für noch einflußreichere Wall-Street-Könige zu einem Riesenskandal auszuwachsen drohte. Nun wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um zu erreichen, daß die Art der Betätigung des faschistischen Lagers und seine Verbindungen in den USA für „geheim“ erklärt und der Öffentlichkeit vorenthalten würden. Hoke schreibt:

„In der Geschichte der Rechtspflege in den USA war dies die größte und am besten abgekartete Vertuschungskampagne.“ (S. 55)

Man versuchte, einen Druck auf Maloney auszuüben, dann wurde eine wüste Hétze gegen ihn entfesselt. Als man aber sah, daß er sich nicht mundtot machen ließ, setzte man ihn kurzerhand ab.

Maloney war, wie Hoke schreibt, der erste Regierungsbeamte, der offiziell und in aller Öffentlichkeit die Verbindungen zwischen Hitleragenten und Kongreßmitgliedern nachwies. Das habe man ihm nie verziehen. Nach der Verurteilung Hills und Vierecks sei ein ungeheurer Druck auf ihn ausgeübt worden, damit er das Verfahren einstelle. Einzelne Kongreßmitglieder hätten ihn zu diskreditieren versucht, und als Maloney die Voruntersuchung doch zu Ende führte, sei er in Washington der bestgehaßte Mann geworden. Hoke fügt hinzu:

„Aber ihn haßten diejenigen, denen die Faschisten nicht verhaßt waren.“ (S. 53)

Die Kongreßmitglieder Hoffmann, Fish, Day und andere hielten Reden, in denen sie die Angeklagten in Schutz nahmen. Die Senatoren Wheeler und Nye erklärten, die Angeklagten seien nicht mehr schuldig als sie selbst, womit sie natürlich absolut recht hatten. Hoke schreibt:

„Es war nur natürlich, daß die Kongreßmitglieder und einige führende Industrielle... daran interessiert waren, daß ihre Namen ungenannt blieben... Das war der wirkliche Grund für die Kampagne, die gestartet wurde, um William Power Maloney abzutun oder zu diskreditieren.“

Schließlich wurde der Kampf dem Generalstaatsanwalt Biddle zu scharf... es lag ihm auch nicht sehr daran, sich mit dieser Sache zu befassen... In Washington ist es kein Geheimnis, daß Senator Wheeler ihn schließlich im Justizdepartement aufgesucht hat. Das war eine stürmische Besprechung. Wheeler drohte, er

werde, falls man Maloney nicht die Behandlung dieses Falls von Meuterei entziehe, eine gründliche Untersuchung der Tätigkeit des Justizdepartements in allen übrigen Fällen beantragen...

Aus Gründen, die ihm selbst am besten bekannt sind, erlag Biddle dieser Attacke, Maloney wurde, ohne auch nur benachrichtigt zu werden, abgesetzt.“ (S. 58.)

Die Fortsetzung der Voruntersuchung wurde einem anderen Staatsanwalt, John Rogge, übertragen, der sie dann auch formal zu Ende führte und die Sache an das Gericht weitergab. Im Grunde genommen aber ließ er — stets bemüht, die Öffentlichkeit nicht zu reizen — die Sache schließlich ganz einschlafen. Vergessen wir nicht, daß der Krieg noch nicht zu Ende war und daß es sich hier um Hitlerpropaganda handelte. Rogge erhöhte die Zahl der angeklagten Organisationen auf 35, bezog aber 15 deutsche Ämter, darunter auch das deutsche Auswärtige Amt, ein, was natürlich nicht zur Konkretisierung der Voruntersuchung beitrug. Dann änderte er die Anklage ab und damit auch die Richtung, in der die Voruntersuchung geführt wurde. Er machte es sich zur Aufgabe, die unmittelbare Verbindung jedes einzelnen Angeklagten zur deutschen Regierung festzustellen, was die Angelegenheit unnötig komplizierte. Ebenso übergab er einen außerordentlich wichtigen Punkt der Anklage, den Maloney in den ersten beiden Anklageschriften angeführt und belegt hatte, und zwar, daß die Angeklagten hinter amerikanischen Organisationen und Ämtern Deckung gesucht hatten.

Der Prozeß gegen die Hitleragenten wurde vereitelt. Freunde, Verwandte und Gesinnungsgenossen der Angeklagten füllten den Zuschauerraum. Richter und Staatsanwälte wurden von ihnen mit Lärmen, Rufen und Katzenmusik empfangen. Während der Verhandlungen war es unmöglich, auch nur elementare Ordnung zu schaffen. Freche Obstruktionen der Angeklagten und Verteidiger zogen die Verhandlung unendlich in die Länge. Hoke erzählt, er habe auf der Verhandlung vom 30. November 1944 mit eigenen Augen gesehen, wie einigen Angeklagten versiegelte Briefumschläge mit dem Dienststempel des Senators William Langer ausgehändigt wurden. In den Umschlägen befand sich der Wortlaut der zweistündigen Rede, die Langer am 3. September 1944 im Kongreß gehalten und in der er die Angeklagten in Schutz genommen hatte...

Eines Nachts, nach einer der stürmischsten Verhandlungen, starb Richter Eicher. Hoke schreibt:

„Am nächsten Morgen schickte der neue Richter die Beisitzer nach Hause und stellte das Verfahren ein, das in den Annalen der Justiz den frappantesten Fall von Rechtsbeugung darstellt. Was die Parade der Zeugen

im Laufe von zwei Jahren, drei Monaten und 22 Tagen den Mitgliedern der drei Grand Juries mitgeteilt hatten, ist noch immer ein Geheimnis." (S. 66.)

Hoke suchte vergebens festzustellen, ob im Justizdepartement irgend jemand verfolgt, was die Angeklagten treiben, und ob ein neuer Prozeß in Aussicht genommen werde. Niemand wußte etwas darüber.

Der Verfasser weist dann darauf hin, daß die Beamten des Justizdepartements, die mit dem Fall der Hitlerpropaganda zu tun gehabt hatten, allmählich von ihren Posten verschwanden. Generalstaatsanwalt Biddle dankte ab, ein neuer Generalstaatsanwalt erschien auf der Bildfläche, und das Publikum verlor allmählich das Interesse an der Angelegenheit, die von der Presse angelegentlich totgeschwiegen wurde...

Dies ist kurz die aufschlußreiche Geschichte, die Hoke in seinem Buch schildert. Er räumt der Darstellung der faschistischen und halbfaschistischen Organisationen, deren Tätigkeit in Maloneys Voruntersuchung figurierte, viel Raum ein und nennt die Namen exponierter Führer des reaktionären Lagers, die mit diesen Organisationen in Verbindung gestanden haben. Sie verfügten über genügenden Einfluß und ausreichende Verbindungen, um 10 000 Seiten entlarvender Untersuchungsprotokolle in den Aktenschränken verschwinden zu lassen.

Die faschistische Wühlpropaganda in den USA nimmt ihren Fortgang. Das Komitee „Amerika geht vor“ hat sich nach dem Krieg als „Partei“ konstituiert. Exsenator Reynolds gab gleich nach Kriegsende die Gründung seiner faschistischen „Nationalpartei“ bekannt. Die mit dem Faschismus liebäugelnden „Mütter“ versenden auch weiter ihre Einladungen zu „einem Täßchen Tee“ und vergiften die Hirne der amerikanischen Frauen mit einer Propaganda des Rassenhasses und des Chauvinismus. Der faschistische Rundfunkprediger Coughlin und der amerikanische SS-Mann Gerald Smith fahren fort, die Reihen ihrer Gesinnungsfreunde zu schließen. Wie früher, so hat auch heute die Post der USA alle Hände voll zu tun, um faschistische Schriften zuzustellen. Amerikanische Druckereien drucken eine Unmenge von Schriften aus der Feder von Leuten, die während des gegen den deutschen Faschismus geführten Krieges die Demokratie schmähten. Hoke schreibt:

„Der Krieg gegen Deutschland und Japan gehört bereits der Geschichte an... Der Krieg gegen die De-

mokratie aber wird weiter und immer weiter gehen.“ (S. 73.)

Die Enthüllungen Hokes erregten viel Aufsehen. Eine Kampagne wurde vom Stapel gelassen, um sein Werk zu diskreditieren. Er wurde, wie das so üblich ist, als „Roter“, als jüdischer Agent, als „Nichtamerikaner“ u. a. m. verschrien. Er selbst schreibt über diese Ausfälle gegen seine Person und über das, was ihn zur Herausgabe seines Buches „Das ist ein Geheimnis“ veranlaßt hat, folgendes:

„Man beschuldigt mich, Kommunist zu sein. Das ist ziemlich dumm, da ich ein eigenes Haus und ein eigenes Geschäft besitze und nicht den geringsten Wunsch hege, dieses Haus oder Geschäft irgendeinem... Staat zu überlassen... Ich habe mich in die Sache eingemischt, nicht um Juden, Katholiken, Protestanten, Presbyterianer, Neger, Italiener oder irgendeine andere Gruppe von Leuten zu schützen. Ich kämpfe egoistisch und hartnäckig, um die Familie Hoke zu verteidigen... denn ich weiß: wenn die Faschisten in Amerika siegen, wenn wir in den USA am Ende eine totalitäre oder faschistische Regierung bekommen, dann wäre die Familie Hoke und ihr Eigentum nicht sicher... Ich bin einfach zufällig Liebhaber der Demokratie. Ich werde trotz der Hölle und allen Teufeln fortfahren, gegen alle die zu kämpfen, die die Demokratie vernichten wollen...“ (S. 8—10.)

Jetzt, wo die Wogen der menschenfeindlichen, chauvinistischen Propaganda und Rassenhetze jenseits des Ozeans wieder hochgehen, ist Hokes Buch durchaus aktuell.

Die Tätigkeit der Elemente und Organisationen, die diese Propaganda verbreiten, konnte während des Krieges nicht unterbunden werden. Sie existieren weiter und sind jetzt zur Offensive übergegangen. Sie arbeiten keineswegs auf eigenes Risiko. Hinter ihnen stehen die „60 Familien“, die das Geschick Amerikas bestimmen. Im Zeichen des Kampfes gegen die kommunistische Partei, gegen die „Roten“, gegen die „Sowjetexpansion“ und ähnliches führen sie in Wirklichkeit einen Angriff gegen die demokratischen Freiheiten des amerikanischen Volkes, gegen die Grundlagen der Demokratie.

Hoke sieht das sehr wohl. Er gehört zu den Amerikanern mit gesundem Menschenverstand, denen die Schwäche der amerikanischen Demokratie, ihre Passivität gegenüber dem Faschismus Sorgen bereitet. In ihrer Biederkeit empören sie sich dagegen, daß die verbrecherische Betätigung der Faschisten zum „Staatsgeheimnis“ erhoben wird. Ihre Warnungen vor der Gefahr, die der Demokratie droht, finden jedoch bisher nur taube Ohren.

„Amerasia“ über die Japanpolitik der USA

V. BERESHKOW

KURZLICH hielt General MacArthur eine Rede, in der er zum raschen Abschluß eines Friedensvertrages mit Japan aufforderte und erklärte, in diesem Lande sei bereits eine Demokratie geschaffen worden. Mit dieser Rede lenkte er auf neue die Aufmerksamkeit auf die Japanpolitik der amerikanischen Besatzungsbehörden. Die Völker, die gegen den japanischen Imperialismus gekämpft haben, wollen natürlich wissen, wie die in Potsdam proklamierten Prinzipien verwirklicht werden, denen zufolge Japan in einen demokratischen Staat umgewandelt werden soll.

Ungeachtet dessen, daß in Tokio der Alliiertenrat für Japan und in Washington die Fernostkommission besteht, wird die Besatzungspolitik in diesem Lande, wie man weiß, faktisch durch die eigenmächtigen Direktiven des amerikanischen Oberbefehlshabers General MacArthur bestimmt. Sie wird von den offiziellen Kreisen Washingtons und von einem gewissen Teil der amerikanischen Presse sehr herausgestrichen. In einzelnen Presseorganen erscheinen jedoch objektive Äußerungen, die den wirklichen Stand der Dinge in Japan klarstellen und die dort von den amerikanischen Besatzungsbehörden betriebene Politik ohne Schönfärberei schildern. Hierzu gehört ein im Oktober v. J. in der amerikanischen Zeitschrift „Amerasia“ erschienener Artikel: „Ersatzdemokratie für Japan“ (Ersatz Democracy for Japan).

Obwohl dieser Artikel bereits vor einem halben Jahr veröffentlicht wurde, ist er auch jetzt noch unzweifelhaft von Interesse. Das darin enthaltene umfangreiche Tatsachenmaterial trägt zum Verständnis der in Japan entstandenen Situation bei und wirft noch mehr Licht auf einige Aspekte der USA-Politik im Fernen Osten.

Schon die Überschrift zeugt davon, daß der Verfasser mit gesundem Menschenverstand begabt ist. Kann doch unter den heutigen Verhältnissen von einer wahren Demokratie in Japan keine Rede sein. Im Gegenteil, die Tatsachen zeigen, daß die früheren Herren dieses Landes, die Vertreter der imperialistischen Cliquen, mit der gönnerhaften Billigung der Besatzungsbehörden ihre beinahe ins Wanken geratenen Positionen festigen.

Der Artikel beginnt mit einer ziemlich ausführlichen Wiedergabe der allgemeinen Prinzipien, die den ursprünglichen, von der USA Regierung für Japan entworfenen Plänen zugrunde gelegen haben. Die Autoren dieser Pläne rechneten damit,

daß die Umerziehung des japanischen Volkes, seine Einführung in die Praxis der Demokratie eine lange Zeitspanne erfordern würden, während der die amerikanische Besetzung aufrechterhalten bleiben müßte. Eben in diesem Sinne habe man sich die grundlegenden Direktiven gedacht. „Amerasia“ schreibt:

„Die Direktiven richteten sich zunächst gegen die offensichtlichsten militaristischen Züge Japans. Sie nahmen die Demobilisierung der Streitkräfte und die Liquidierung der Kriegsindustrie in Aussicht. Sie trugen umferner in allgemeinen Zügen die Aufhebung der Zaibatsugewaltherrschaft* über das ökonomische Leben der Nation sowie die Inangriffnahme von Bodenreformen auf, um dem unterdrückten japanischen Bauern zu helfen. Die Direktiven wurden erlassen in der Absicht, die nationalen Geheimverbände und Terrorgruppen zu vernichten, dem Shintoismus** den Boden zu entziehen und die verhaßte Geheimpolizei sowie die die Bürgerfreiheiten einschränkende Gesetze zu beseitigen. In positiver Hinsicht garantierten wir Redefreiheit, Pressefreiheit, das Koalitionsrecht der Arbeiter, das allgemeine Wahlrecht und alle diejenigen grundlegenden Rechte, die traditionell mit demokratischem Leben verknüpft sind.“

Was aber geschah in der Praxis? Nach der Kapitulation Japans beschloß das japanische Volk, das gewisse Möglichkeiten zu einer demokratischen Entwicklung erhalten hatte, von diesen Möglichkeiten auch wirklich Gebrauch zu machen. Es stellte sich heraus, daß selbst Jahrhunderte der Unterdrückung und Sklaverei nicht imstande waren, alles Lebendige im Lande endgültig zu ersticken. Das rasche Wachstum der demokratischen Kräfte war jedoch nicht nach dem Geschmack der Vertreter der Besatzungsbehörden. Hierüber heißt es:

„MacArthurs oberstes Stabsquartier war erstaunt und vielleicht sogar beunruhigt... Die Befreier, die in ihren Plänen eine lange Periode allmählicher Reform vorausgesehen hatten, waren entweder nicht gewillt oder nicht fähig, sich in eine so unerwartete und überwältigende Entwicklung zu schicken.“

Die amerikanische Politik nahm also eine andere Richtung, sie unterstützte die reaktionären Kräfte und gab ihre von der Potsdamer Deklaration ausgehenden anfänglichen Pläne auf. In der Besatzungsbehörden wurden Personaländerungen vorgenommen. Viele von denen, die die ursprünglichen Direktiven ausgearbeitet hatten, wurden abgesetzt und in einer Reihe von Fällen durch

* Zaibatsu — japanische Monopolvereinigungen.

** Shintoismus — Kaiserkult.

Angestellte amerikanischer Banken und Gesellschaften abgelöst. „Wall Street Journal“, ein Organ der amerikanischen Geschäftskreise, schrieb im August v. J.:

„...Die Militärregierung wird rasch zu einem Trainingsplatz für Amerikaner, die in Japan Geschäfte zu machen planen.“

Obgleich die Fernostkommission empfahl, die japanischen Parlamentswahlen aufzuschieben, da das Land nicht vorbereitet sei, beeilte sich General MacArthur, sie im April v. J. durchzuführen. Der Verfasser des in „Amerasia“ erschienenen Artikels beschuldigt die amerikanischen Behörden geradezu der Absicht, mit Hilfe der Wahlen den reaktionären Parteien die politische Leitung des Landes zu sichern. Es heißt dort:

„...Man kann das Oberkommando... nur verdächtigen, aktiv zugunsten der alten Parteien interveniert zu haben, die sich nicht umstellen und sich jetzt mit demokratisch klingenden Namen maskieren.“

Die amerikanischen Behörden hätten also wahrhaft rührend dafür gesorgt, daß die Macht des Kaisers, den man eigentlich als Kriegsverbrecher vor Gericht stellen sollte, aufrechterhalten bleibt.

Zwar erhielten die reaktionären Parteien (die Liberale und die Progressive Partei) die meisten Parlamentssitze, bei der Regierungsbildung stießen sie jedoch auf ernste Schwierigkeiten. Die Bevölkerung, besonders die der Großstädte, wollte diese Regierung, die ihren Interessen nicht entsprach, nicht unterstützen und veranstaltete Protestdemonstrationen. Tausende von Demonstranten marschierten durch die Straßen Tokios und forderten die Regelung der Lebensmittelfrage und die Schaffung einer demokratischen Volksregierung. Die Führer der Sozialistischen Partei organisierten einen sogenannten Sitzstreik gegen Shidehara, der zwar nicht Parlamentsabgeordneter, nominell aber noch immer Ministerpräsident war. Shidehara griff zu einem Manöver und forderte den Führer der Liberalen, Shigeru Yoshida, auf, ein neues Kabinett zu bilden.

„Am 20. Mai gab General MacArthur eine Erklärung ab, in der er die Massendemonstrationen verurteilte, da sie angeblich zu Gewalttätigkeiten führen könnten.“

Am selben Morgen verkündete Yoshida, der sich wie durch ein Wunder von der Verzweiflung des Vorabends erholt hatte, er übernehme die Bildung des Kabinetts. Yoshida, der nicht einmal Parlamentsmitglied war, gelangte zur Macht und mit ihm seine ausgesuchte Gruppe von Politikern alter Schule, die sämtlich von den Streitkräften der Okkupation gedeckt wurden.“

Der Mann, der dank MacArthurs Einmischung japanischer Ministerpräsident geworden war, steht in enger Beziehung zu den Zaibatsu. Yoshida ist der Schwiegersohn des Grafen Makino, der mit dem Mitsubishikonzern eng liiert ist, Yoshi-

das Schwiegersohn, Tagakitsi Asso, ist Kohlenmagnat und Präsident einer Zement- und Eisenbahngesellschaft. Yoshidas politische Karriere nahm 1928 ihren Anfang. Damals war er Vizeaußenminister und war Baron Tanaka unmittelbar unterstellt.

„Dies nun ist der Mann, dessen politische Karriere das ... Hauptquartier zu protegierten beliebt hat. Seine Vergangenheit zeigt, daß er ein bewußter Agent desjenigen Japans war, gegen das wir gekämpft haben; seine Worte deuten darauf hin, daß er gegen die Reformen ist, die man von ihm erwartet; sein Wunsch nach einer lang anhaltenden Okkupation läßt die Strategie erkennen, durch die eine wankende ‚Clique‘ ihre Positionen aufrechtzuerhalten hofft.“

Eine der ersten Aufgaben des Yoshidakabinetts bestand darin, den vom Stab MacArthurs ausgearbeiteten Verfassungsentwurf im Parlament durchzubringen. Die Fernostkommission schlug vor, dem japanischen Volk solle die Möglichkeit gegeben werden, den Verfassungsentwurf vor seiner Annahme zu erörtern. Diesen Rat schlug MacArthur in den Wind. Statt dessen übergab er den Entwurf dem ausgesprochen konservativen Parlament mit der Anweisung, ihn vor der Erörterung irgendwelcher anderer Gesetze anzunehmen:

„Hier, wie im Falle der Wahlen, ließ unsere Politik Furcht vor den Kräften des japanischen Volkes sowie den Wunsch erkennen, diese Kräfte an einer wirksamen Beeinflussung der zukünftigen politischen Struktur Japans zu hindern.“

So ist es um die politische Lage im Lande bestellt. Was die ökonomischen Umgestaltungen betrifft, so ist auch hier nichts Erfreuliches zu berichten.

„Amerasia“ weist darauf hin, daß die Direktive des Oberkommandos über die Auflösung der Monopoltruste mit monatelanger Verspätung erst am 25. Juli v. J. veröffentlicht wurde. In dieser Direktive wird der Ministerpräsident beauftragt, eine Liquidationskommission einzusetzen, deren Aufgabe darin besteht, eine sogenannte Selbstliquidierung der Zaibatsu herbeizuführen. Die Kommission soll alle Aktien der Gesellschaften unter ihre Kontrolle nehmen und Kleinaktionären für die in ihren Händen gewesenen Wertpapiere dieser Gesellschaften eine Abfindung (in bar oder in Aktien der weiterbestehenden Gesellschaften) bewilligen. Die Aktien aber, die von den Zaibatsu an die Kommission übergehen, sollen unter der Bevölkerung vertrieben werden, die Zaibatsu erhalten als Entschädigung Wertpapiere, die im Laufe von zehn Jahren unveräußerlich bleiben.

Durch dieses Programm sind die Zaibatsu natürlich in Wirklichkeit nicht zu liquidieren. Die geplante Abfindung in Form von Wertpapieren

schanzt den Monopolen nur neue Mittel zu. Außerdem sei, wie „Amerasia“ schreibt, folgendes zu berücksichtigen:

„... die Direktiven, wie sie gegenwärtig aufgezeichnet werden, sind nicht nur von einer Regierung zu befolgen, die sich offen gegen jede Einmischung in die Privatmonopolstruktur ausgesprochen hat, sie enthalten auch zahlreiche Winkelzüge, mit deren Hilfe die Zaibatsufamilien fortfahren können, unter irgendeiner Tarnung ihre vorherrschende Kontrolle über die Industrie und die Finanzen Japans auszuüben.“

Charakteristisch ist, daß selbst die Vertreter der Zaibatsu die Forderung, ihr Eigentum dem Staate zu überlassen, mit verdächtiger Gefügigkeit hingenommen haben.

Zur wahrhaften Demokratisierung Japans ist nicht nur eine Liquidierung der Zaibatsu, sondern auch eine radikale Bodenreform erforderlich. Nur eine entschlossene Umgestaltung der Agrarbeziehungen kann eine Gesundung der japanischen Volkswirtschaft gewährleisten. Aber auch in dieser Frage hat das Oberkommando, wie „Amerasia“ schreibt, den Weg der Verzögerungen eingeschlagen.

Der im Herbst 1946 vom Ackerbau- und Forstwirtschaftsminister Hirowo Wada eingebrachte Gesetzentwurf über eine Bodenreform bedeutet keine radikale Lösung des Agrarproblems und läßt nicht erhoffen, daß der Boden über kurz oder lang demokratisch verteilt werden wird. Dem Gesetzentwurf zufolge soll die Regierung bei den reichen Grundbesitzern Boden erwerben und den Bauern gegen langfristigen Kredit verkaufen. Das Gesetz enthält keinerlei Einschränkungen in bezug auf den Bodenanteil, den ein einzelner besitzen darf. Der Großgrundbesitz bleibt somit erhalten. Auch das frühere System der Bearbeitung von Gutsländereien durch Landarbeiter und Pächter bleibt bestehen.

Sehr eingehend behandelt der Artikel die Gewerkschaftsbewegung Japans. Wie bereits ausgeführt, war in der ursprünglichen Direktive eine Förderung der Gewerkschaftsorganisationen „auf demokratischer Grundlage“ vorgesehen. Die japanischen Arbeiter nahmen diese Direktive ernster, als die amerikanischen Besatzungsbehörden das anscheinend erwartet hatten. Sehr schnell entstanden Gewerkschaftsorganisationen.

„In den ersten Monaten der Okkupation zeigten die organisierten Arbeiter einen außerordentlichen Unabhängigkeitssinn, sie forderten gerechte Löhne und ausländische Arbeitsbedingungen, und wenn sie es mit halsstarrigen Unternehmern zu tun hatten, übernahmen sie oft eine tatkräftige Kontrolle über die Fabriken, um die Produktion in Gang zu halten...“

Aber trotz der Bemühungen der Gewerkschaften bestehen in Japan vor der Nase der Okkupationsbehörden auch weiter an Sklavenarbeit grenzende Arbeitsbedingungen... Die Kinderarbeit ... ist noch immer nicht

abgeschafft. Der Grund ist der, daß ... sobald das Volk Schritte unternimmt, um seine eigenen Interessen auf Grund der Potsdamer Deklaration zu vertreten, wir diese Versuche nicht nur obstruieren, sondern daß wir sogar in einem Sinne interveniert haben, der dieser Deklaration zuwiderläuft.“

Die Zeitschrift schildert in interessanter Weise, wie sich die amerikanischen Behörden zu den Gewerkschaften verhalten. Sie mischen sich häufig in deren Angelegenheiten ein, vor allem wenn die Gewerkschaften sich politisch zu betätigen versuchen oder wenn ihre Aktionen das Yoshidakabinett oder die Zaibatsu in eine heikle Lage bringen. Es ist vorgekommen, daß von den Gewerkschaften veranstaltete Demonstrationen auf Befehl der amerikanischen Behörden auseinandergejagt wurden. In einer Petition der japanischen Gewerkschaften an General MacArthur wird die Lage folgendermaßen dargestellt:

„... Wir sind des Streikrechts, des Rechts auf öffentliche Versammlungen und auf Demonstrationenkampagnen beraubt. Noch mehr, man beruft sich stets auf das Oberste Stabsquartier, und wir können uns deshalb des Gefühls nicht erwehren, daß das Stabsquartier für die Unterdrückung dieser Bewegungen eintritt. Wir fragen General MacArthur: Welche Methoden sollen die Arbeiter Japans anwenden, um ihre demokratischen Rechte und ihre Existenzberechtigung zu verteidigen?“

Als einzige Antwort auf diese Petition waren anscheinend die Befehle MacArthurs gedacht, in denen er Demonstrationen und Streiks verbietet.

Der Artikel in „Amerasia“ bringt interessante Einzelheiten darüber, wie Fragen der Arbeiterpolitik im Alliiertenrat behandelt werden. General MacArthurs Vertreter im Rat, George Atcheson, lasse sich dort systematisch über die sogenannte kommunistische Gefahr aus, die Japan angeblich droht.

„... Diese systematischen Attacken auf die Rechte der Arbeiterschaft und der wiederholte Hinweis auf die kommunistische Gefahr bezwecken eine Vernichtung der demokratischen Front.“

„Amerasia“ weist darauf hin, daß die Politik des amerikanischen Oberkommandos gegenüber der Arbeiterbewegung darauf abzielt, eine Vereinigung der demokratischen Kräfte zu vereiteln.

Auf Grund der angeführten Tatsachen gelangt die Zeitschrift zu dem Schluß, Japan könne in ein demokratisches Land verwandelt werden, nur wenn man den demokratischen Kräften freie Entwicklungsmöglichkeiten bietet. Die Besatzungsbehörden aber tun das genaue Gegenteil. Dies erklärt die Zeitschrift mit dem Bestreben dieser Behörden, sich, gestützt auf die Reaktion, die Herrschaft über Japan zu sichern.

Oberst Elliot Thorpe, Exchef des Abwehrendienstes unter General MacArthur, sagte in einer Rede am 13. August v. J.:

„Wir müssen lange in Japan bleiben, nicht mit einer großen Armee, sondern mit weisem Ratschlag, um sicher zu sein, daß die japanischen Liberalen von heute nicht gestürzt werden, sobald wir das Land verlassen.“

Da die „japanischen Liberalen“ Reaktionäre sind, die ihr Firmenschild nur in Eile übermalt haben, so ist diese Erklärung lediglich als Bestätigung dessen aufzufassen, daß den amerikanischen Behörden durchaus nichts an der Schaffung eines demokratischen Japans gelegen ist. „Amerasia“ schreibt:

„Die Geschichte hat gezeigt, daß, sobald eine Nation eine andere durch Durchkreuzung ihrer demokratischen Bestrebungen und durch Unterstützung ihrer reaktionären Elemente zu kontrollieren suchte, der Zweck entweder der war, sie ökonomisch abhängig zu machen, oder der, sie bei der Herstellung des Kräftegleichgewichts als Bastion zu benutzen. Die Ereignisse der letzten paar Monate in Japan lassen erkennen, daß unsere Okkupationspolitik auf eine Kombinierung dieser beiden Ziele ausgerichtet ist.“

Eine solche Politik betrachtet die Zeitschrift als außerordentlich gefährlich.

„... Die arrogante Ignorierung internationaler Körperschaften wie der Fernostkommission und des Alliiertenrats irritiert unsere Verbündeten nur und bestärkt sie in der argwöhnischen Annahme, die USA hätten sich den Pazifik zum ‚mare nostrum‘ aussersehen.“

In diesem Zusammenhang weist die Zeitschrift auf einen anderen Aspekt der von den USA betriebenen Japanpolitik hin. Sie schreibt:

„Daß unsere Besatzungsbehörden dazu neigen, in Gestalt Japans einen amerikanischen Vorposten gegen Rußland aufrechtzuerhalten, kann jeder Leser der Tagespresse erkennen. Der Alliiertenrat ist zu einer Tribüne geworden, auf der Mr. Acheson seine Tiraden gegen den Kommunismus losläßt. General MacArthur tischte den ihm besuchenden Kongreßmitgliedern Geschichten von der russischen Gefahr auf. ... Ebenso beunruhigend sind Berichte, die besagen, daß einige hohe Offiziere in Japan ihre Truppen gegen Rußland ‚orientieren‘, während andere die Entfernung von Ultranationalisten und Kriegsverbrechern mit der Begründung aufgeschoßen haben, daß ‚eine Zeit kommen mag, wo wir ein starkes Japan brauchen werden‘.“

So sieht die Besatzungspolitik der amerikanischen Behörden in Japan aus.

Zum Schluß tritt „Amerasia“ dafür ein, daß die USA ihre Japanpolitik ändern, bevor es zu spät sei. Förderung der demokratischen Kräfte, Heranziehung der Volksmassen zur Umgestaltung des Landes auf demokratischer Grundlage — dies seien die wichtigsten, dringendsten Aufgaben. „Amerasia“ schreibt:

„Natürlich kann man die Schaffung eines friedlichen Japans nicht früheren Kriegsanstiftern und sanft flüsternden Samurai überlassen. Das japanische Volk, das tagtäglich seinen Abscheu vor dem früheren Regime und dessen Kriegsmoralität kundtut, hat sich als fähig erwiesen, ein demokratisches und friedliches Japan aufzubauen, und es sollte jede Gelegenheit hierzu erhalten, ohne daß einheimische oder ausländische Oberherren sich einmischen.“

Viele, erst in letzter Zeit bekanntgewordene Tatsachen bestätigen restlos die von „Amerasia“ gezogenen Schlußfolgerungen. In den letzten Nummern der „Neuen Zeit“ wurde auf das wachsende Bestreben gewisser USA-Kreise hingewiesen, die politische, ökonomische und militärische Kontrolle der USA über Japan zu konsolidieren. Hiervon zeugen sowohl die Nachrichten über das energische Vordringen der amerikanischen Monopole in der japanischen Volkswirtschaft als auch die Pläne, Japan zu einem Stützpunkt bei der Verwirklichung der Expansionsbestrebungen der imperialistischen USA-Kreise zu machen. Hiervon zeugt auch die Offensive gegen die Rechte der japanischen Werktätigen.

Das neue, antidemokratische Wahlgesetz, das die reaktionären Abgeordneten mit stillschweigender Billigung des amerikanischen Oberkommandos im japanischen Parlament durchzubringen vermochten, bestätigt, daß die amerikanischen Behörden zwecks Erreichung der erwähnten Ziele beabsichtigen, auch weiter die Entwicklung der demokratischen Kräfte zu hemmen und sich auf die reaktionären Elemente zu stützen. Ein solcher Kurs bildet eine ernstliche Gefahr für den Frieden und die Sicherheit im Fernen Osten.

10. April

In Dakar wird eine Gewerkschaftskonferenz der afrikanischen Länder eröffnet. Auf der Tagesordnung stehen Lohnfragen sowie Fragen der Sozial- und Arbeitsgesetzgebung für weiße und eingeborene Arbeiter.

13. April

Unterzeichnung eines Abkommens über den Funkverkehr zwischen der Sowjetunion und Afghanistan.

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

April 1947

15. April

Präsident Truman beantragt in einer Kongreßbotschaft die Abänderung des sogenannten Neutralitäts-

gesetzes von 1939, um den Export und Import von Waffen und zur Waffenherstellung dienenden Einrichtungen unter Regierungskontrolle stellen zu können.

Dem Kommunistischen Jugendverband Brasiliens wird auf 6 Monate die Betätigung verboten.

16. April

In Südwestmazedonien beginnen große Operationen griechischer

Regierungstruppen gegen die Partisanen.

In Athen trifft Fliegermarschall Medhurst, der Befehlshaber der englischen Luftstreitkräfte im Nahen Osten, ein.

17. April

Fortsetzung der Aussprache im Außenministerrat über den Entwurf des Vertrages betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreichs. Die zu der Sitzung eingeladenen Delegation Jugoslawiens trägt ihre Ansichten über den österreichischen Vertrag vor.

In Moskau wird die 16. Plenartagung des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion eröffnet.

Zu Ehren der in Bombay eingetroffenen Delegationen der Sowjetrepubliken zur Interasiatischen Konferenz findet dort ein großes Meeting statt.

Die albanische Regierung protestiert bei der UNO offiziell gegen die Verletzung der albanischen Hoheitsgewässer durch griechische Kriegsschiffe.

In Berlin wird der zweite Kongreß des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands eröffnet.

Das USA-Repräsentantenhaus beschließt ein Gesetz, das die Gewerkschaftsrechte stark beschränkt und den Beamten das Streikrecht entzieht.

Léon Jouhaux, Generalsekretär der Französischen Allgemeinen Konföderation der Arbeit und stellvertretender Vorsitzender der Weltföderation der Gewerkschaften, wird zum Präsidenten des Wirtschaftsrats von Frankreich gewählt.

Ernennung von Sunfo zum Vizepräsidenten der chinesischen Republik.

Unterzeichnung eines englisch-italienischen Finanzabkommens.

18. April

Fortsetzung der Aussprache im Außenministerrat über den Vertragsentwurf betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreichs. Die zu

der Sitzung eingeladenen österreichische Delegation trägt ihre Ansichten über den Vertrag vor.

James H. Wilson, Sekretär für den Oberseehandel Großbritanniens, trifft mit einer Anzahl von Mitarbeitern in Moskau ein, um Fragen des Handels zwischen der Sowjetunion und Großbritannien zu erörtern.

Aus den USA fliegen 13 bekannte amerikanische Industrielle nach Deutschland ab, um die Produktions- und Exportmöglichkeiten in der englischen und der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands zu untersuchen.

19. April

J. W. Stalin, Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR, empfängt E. Kardelj, Vize-Ministerpräsidenten Jugoslawiens.

Antwort W. M. Molotows, Außenministers der UdSSR, auf das Schreiben des USA-Staatssekretärs G. Marshall vom 8. April über die koreanische Frage. W. M. Molotow schlägt in seinem Schreiben vor, die sowjetisch-amerikanische gemischte Kommission solle am 20. Mai mit der Ausarbeitung von Empfehlungen für die Bildung einer provisorischen demokratischen Regierung Koreas fortfahren. Der Schriftwechsel zwischen W. M. Molotow und G. Marshall wird am 22. April veröffentlicht.

Fortsetzung der Aussprache im Außenministerrat über den Vertragsentwurf betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreichs.

Nach dreiwöchigem Aufenthalt in der Tschechoslowakei kehrt die sowjetische Gewerkschaftsdelegation nach Moskau zurück.

In Nürnberg beginnt ein Prozeß gegen den deutschen Stahlmagnaten Friedrich Flick, dem Kriegsverbrechen zur Last gelegt werden.

20. April

Fortsetzung der Aussprache im Außenministerrat über den Vertragsentwurf betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreichs.

Unterzeichnung eines Handels- und Wirtschaftsabkommens zwischen Italien und Jugoslawien.

Australien gewährt Holland zur Deckung von Heeresausgaben eine Anleihe von 7,5 Millionen Pfund Sterling.

Generalleutnant Attallah, Chef des ägyptischen Generalstabes, trifft in den USA ein.

21. April

Aussprache im Außenministerrat über den Bericht der Kommission zur Untersuchung der finanziellen Lage Triests sowie Fortsetzung der Aussprache über den Vertragsentwurf betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreichs.

Die Regierungen der USA, Englands und Frankreichs veröffentlichen eine gemeinsame Erklärung betreffend den Abschluß eines Vertrages über deutsche Kohlenlieferungen an europäische Länder.

Der Nationalgerichtshof in Prag verurteilt den Exministerpräsidenten Beran und General Syrový als Verurteilter des tschechoslowakischen Volkes zu einer Freiheitsstrafe von 20 Jahren.

Tod König Christians X. von Dänemark. Sein Sohn, Friedrich IX., wird zum König ausgerufen.

22. April

Der Außenministerrat arbeitet eine Resolution über den Bericht der Kommission zur Untersuchung der finanziellen Lage Triests aus.

Der jugoslawische Außenhandelsminister N. Petrović trifft als Führer einer Handelsdelegation in Moskau ein.

Die jugoslawische Regierung beschließt das Gesetz über einen Fünfjahrplan der Entwicklung der Volkswirtschaft.

Unterzeichnung eines vierjährigen Handelsvertrags zwischen Bulgarien und der Tschechoslowakei.

Mit 67 gegen 23 Stimmen billigt der USA-Senat Trumans Gesetzentwurf „Über die Hilfe für Griechenland und die Türkei“ einschließlich des Abänderungsantrags Vandenberg, der besagt, daß die USA die Gültigkeit des Programms aufheben wird, falls die UNO sich dagegen wendet.

VERLAGSANGEZEIGEN

VERLAG „DER SOWJETSCHRIFTSTELLER“

Neuerscheinungen:

- S. AINI — *Des Wucherers Tod*. Novellen. Aus dem Tadschikischen übertragen unter Redaktion von S. Borodin. 320 S., Rbl. 11,—
- M. ALIGER — *Dein Sieg*. Poem 100 S., Rbl. 4,75
- G. BERESKO — *Zwei Erzählungen*. 184 S., Rbl. 4,50
Inhalt: „Die rote Rakete“; „Der Divisionskommandeur“.
- B. BJALIK — *Über Gorki*. Aufsätze. 332 S., Rbl. 13,50
Inhalt: Lenin und Gorki; Stalin und Gorki; Kollektive Volkskunst; Gorki und Majakowski; Gorki — Stanislawski — Wachtangow; Gorki und der sozialistische Realismus.
- W. WASILEWSKA — *Ausgewählte Werke*. Aus dem Polnischen von J. Ussijewitsch 320 S., Rbl. 13,—
Inhalt: „Der Regenbogen“; „Einfach Liebe“.
- B. GORBATOW — *Alltag der Arktis*. Erzählungen. 276 S., Rbl. 9,75
- E. GRIN — *Südwind*. 228 S., Rbl. 7,—
Erzählung aus dem Leben der finnischen Bauern.
- L. GURUNZ — *Karabachisches Poem*. 244 S., Rbl. 8,—
- L. KASSIL, S. MICHALKOW — *Europa — links!*
Vorbei an den Leuchttürmen von fünfzehn Ländern. 174 S., Rbl. 5,—
Reiseeindrücke.
- W. KIRPOTIN — *F. M. Dostojewski*. 80 S., Rbl. 2,50
- A. KOSHEWNIKOW — *Des Ozeans Bruder*. Roman. 360 S., Rbl. 14,25
- S. KOLDUNOW — *Siegesfeuer*. Erzählungen. 208 S., Rbl. 5,—
- A. KOPELOW — *Schneegipfel*. 224 S., Rbl. 5,—
Erzählung aus dem Leben der Jugend des Altaigebirges.
- I. MENSCHIKOW — *Der Mensch sucht das Glück*. 356 S., Rbl. 13,—
Novellen und Erzählungen.
- A. MINTSCHKOWSKI — *Wir treffen uns wieder*. 300 S., Rbl. 7,—
Erzählung aus der Zeit des Großen Vaterländischen Krieges.
- ITO MOSASCHWILI — *Gedichte*. Aus dem Georgischen. 108 S., Rbl. 5,—
- N. NESLOBIN — *Renntierpost*. Gedichte. 114 S., Rbl. 4,50
- W. PANOWA — *Reisegefährten*. 236 S., Rbl. 9,50
- A. PERWENZEW — *Feurige Erde*. Roman. 340 S., Rbl. 11,25
- W. PERZOW — *Heroismus und Held*. Essays über die Sowjetliteratur. 204 S., Rbl. 10,—
- B. POLEWOI — *Erzählung vom wahren Menschen*. 326 S., Rbl. 10,75
- LETTISCHE DICHTER — Aus dem Lettischen übertragen unter Redaktion von Susanne Mar 164 S., Rbl. 7,—
Gedichtsammlung.
- I. RUDIN — *Rückkehr*. Erzählung. 232 S., Rbl. 4,75
- S. SARTAKOW — *Alexej Chudonogow*. Erzählungen 176 S., Rbl. 3,50
- N. SARYCHANOW — *Turkmenische Novellen*. Übertragen von A. Aborski. 124 S., Rbl. 3,—
- I. SELWINSKI — *Krim, Kaukasus, Kuban*. Gedichte. 224 S., Rbl. 8,75
- G. FEDOROW — *Im Morgengrauen*. Erzählungen 164 S., Rbl. 3,50
- E. CHARITONOWITSCH — *Die schattige Ulme*. Erzählungen. 184 S., Rbl. 5,—
- L. TSCHERNOMORZEW — *Lied über Sibirien*. Gedichte. 92 S., Rbl. 3,—
- W. SCHEFFNER — *Vorstadt*. Gedichte. 104 S., Rbl. 3,—
- JASSYR SCHIWASA — *Die Inschrift auf dem Kelch*. Gedichte. 1938—1945. Aus dem Dunganischen unter Redaktion von S. Lipkin. 96 S., Rbl. 3,—
- A. SCHIRWANSADE — *Ausgewählte Werke*. Aus dem Armenischen von I. S. Chatschatrianz. 480 S., Rbl. 21,—
Inhalt: „Der Schauspieler“, „Genossen“ (Erzählungen); „Um der Ehre willen“ (Schauspiel) und „Chaos“ (Roman).
- A. SCHUBIN — *Erzählungen über gute Menschen*. 260 S., Rbl. 5,75
- P. SCHUBIN — *Mein Stern*. Gedichte. 144 S., Rbl. 4,75
- O. ERBERG — *Der Weg nach Naubechara*. Afghanische Erzählungen. 200 S., Rbl. 5,—

Alles in russischer Sprache.

DIE NEUE ZEIT

ERSCHEINT WÖCHENTLICH
IN
RUSSISCHER,
ENGLISCHER,
FRANZÖSISCHER
UND
DEUTSCHER SPRACHE

DIE NEUE ZEIT

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK
DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN
LEBENS.

DIE NEUE ZEIT

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFT-
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN
UND ANDEREN PERSÖNLICHKEITEN DES ÖFFENT-
LICHEN LEBENS.